

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

### Verkündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Bezugspreis für das Vierteljahr 9 M. zuzüglich  
der jeweils geltenden Postgebühren

Herausgegeben vom  
**Deutschen Bauarbeiterverbande**  
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr.  
Vereins-Anzeigen werden mit 5 M. für die drei-  
gespaltene Zeile oder deren Raum berechnet

### Zum Verbandstage.

In den Nummern 4 und 10 des „Grundstein“ haben wir die Anträge zum vierten Verbandstage bekanntgegeben. Der in Nr. 4 veröffentlichte Satzungsentwurf enthält ausschließlich Anträge des Vorstandes und des Verbandsrates. Da wir uns bereits in mehreren Artikeln über den Baugewerksbund ausgesprochen haben, so können wir uns an dieser Stelle eine nochmalige allgemeine Besprechung erparen. Heute wollen wir die Anträge einer kurzen Betrachtung unterziehen, die aus den Bezirken und Vereinen gestellt wurden.

Unsere Kollegen sind aufgefallen sein, daß in Nr. 10 des „Grundstein“ eine Anzahl Anträge veröffentlicht wurden, die sich gegenseitig aufheben. Das ist auch gleich bei den Anträgen so, die sich mit dem Namen der umgebauten und erweiterten Organisation befassen. Die Kollegen in Hannover wollen gerne die bisherige bewährte Firma beibehalten, während den Göttinger Kollegen der vom Vorstand beantragte Name noch nicht weitgehend genug ist. Wer wird mit seinem Antrag durchs Ziel gehen? Wenn wir von der Erwägung ausgehen, daß in dem Namen, in der Firma die Bestrebungen und der Aufbau der Organisation sowie ihre Zweckung bereits so deutlich wie irgend möglich zum Ausdruck gebracht werden sollen, dann wird der Antrag von Hannover unter den Tisch fallen. Wir würdigen die Gefühle, von denen sich die Antragsteller leiten lassen. Sie wollen den lieb gewonnenen Namen nicht missen, das Banner wollen sie hochgehalten wissen, unter dem sie in den letzten 12 Jahren sich wohlgefühlten. Diese Idee ist ehrenhaft für sie. Aber sie vergaßen anscheinend darüber, daß der Baugewerksbund gedacht ist zunächst als ein Bund von Verbänden, und daß es gewisse Schwereigkeiten mit sich bringen kann, wenn man den Maurer-Verband, den Stuckateurverband, den Bau-Vermeisterversband, den Verband der Baustoffarbeiter usw. nachher zusammenfassen will in einen Bauarbeiterverband. Sie haben auch anscheinend übersehen, daß dem Baugewerksbund weitere Ziele gesteckt sind als den heutigen Arbeiterverbänden. Er soll einmal der Träger der baugewerblichen Produktion werden und als solcher natürlich auch für die Schulung des Nachwuchses, für die Bauwirtschaft, für die Künstlerische im Baugewerbe eintreten. Dieses Ziel soll bereits in dem Namen seinen Ausdruck finden.

Zu den Satzungsentschlüssen ist eine ganze Reihe von Anträgen gestellt, die sozusagen offene Türen einrennen. Dahin gehören zunächst alle Anträge, die den Kampfenkampf, die Sozialisierung, die Bodenbesitzverhältnisse und die Hebung der Allgemeinbildung unserer Kollegen durch besondere Sätze und Worte mehr hervorgehoben wissen wollen. Es liegt gewiß die Möglichkeit vor, dem Satzungsentwurf noch eine ganze Anzahl passender, bombastischer und pompöser Worte beizufügen. Aber wird denn dadurch der Sache besonders gedient? Ist es besser, wenn das Programm, dem das Ziel doch die Satzungen in mehrfacher Hinsicht, große Versprechungen macht, von denen nur die Hälfte erfüllt wird, oder ist es besser, wenn mehr erfüllt wird, als im Programm versprochen wurde? Wir ziehen letzteres vor. Der Buchstabe tötet, aber der Geist macht lebendig!

Mit der zukünftigen Gliederung des Verbandes befaßt sich nur ein Antrag aus Oßersleben; denn die Hannoveraner wollen ja überhaupt keine Aenderung. Der Antrag wird abgelehnt werden müssen. Wenn man überhaupt den Baugewerksbund will, dann kann man nicht für einzelne Gruppen im Bunde ein Sonderrecht schaffen. Das gleiche gilt auch für den Antrag Landshut, der die Verlegung der Bezirksvereine dem Verbandstag übertragen will. Wir bezweifeln, daß sich die Antragsteller die Tragweite ihres Willens gehörig überlegt haben, sonst müßten sie sich sagen, daß der Verbandstag diese Sache entweder nur sehr oberflächlich behandeln kann, weil die meisten Abgeordneten ja die Sachlage nicht kennen, oder er behandelt sie sehr gründlich. Im ersten Falle ist die Beratung zweifel-

los; denn etwa vorhandene Beschwerten würden nur vermehrt. Im zweiten Falle würden die Tagungen sehr lange dauern und ungefähr so viel Kosten verursachen, wie der Verband Einnahmen hat. Andere Anträge wollen der Verbandskasse Kosten aufhaken, um die Vereinstassen zu entlasten, und auch wohl, um unerquidliche Neben in den Mitgliederversammlungen zu vermeiden. Wir glauben nicht, daß der Verbandstag so beschließen wird. Sollte das doch der Fall sein, so würde das zwar für manchen Verein eine finanzielle Entlastung mit sich bringen, zugleich aber würde ihm ein Teil seiner bisherigen Selbständigkeit genommen werden und dem Verbands- oder Bundesvorstand noch mehr Macht eingeräumt werden müssen.

Eine immerhin merkwürdige Ueberrohung bieten die Anträge aus Düsseldorf und Schönebeck, die die demokratischen Rechte der Mitglieder beschneiden wollen. Das mündert uns besonders von Düsseldorf. Bisher wurde der Verbandsvorstand auf jedem Verbandstag neu gewählt, das heißt, die Amtszeit des einzelnen Vorstandsmitgliedes dauerte etwa 2 Jahre. Diese Amtszeit wollen die Düsseldorf Kollegen nun auf 4 Jahre ausdehnen. Die Schönebecker Kollegen dagegen wollen den Bezirksleitern die Verantwortung für die Zusammenstellung des Vorstandes übertragen. Ob Vorstand und Bezirksleiter wohl dieses große Vertrauen richtig würdigen werden? Leider genießt der „Grundstein“ bei den Düsseldorf Kollegen nicht das gleiche Vertrauen; denn ihn wollen sie durch eine Kommission überwachen lassen, die auch noch auf dem Verbandstag berichten soll über etwaige Beschwerten. Das lohnt nicht; denn wenn, wie in den letzten 2 Jahren, nur eine Beschwerte eingeht und diese noch von der heutigen Ueberwachungsinstanz als unbegründet zurückgewiesen werden muß, so wird eine Preis-Kommission eine teure Einrichtung für den Verband.

Zu dem Ausschlußverfahren haben 11 Vereine Anträge gestellt, die im allgemeinen darauf hinstreben, das jetzige Ausschlußrecht des Verbandsvorstandes entweder ganz aufzuheben oder doch erheblich einsengen. Ein Teil der Antragsteller scheint von der Ansicht ausgegangen zu sein, daß der Verbandsvorstand sozusagen aus reiner Wollust oder aus über Laune Mitglieder ausschließt oder einen Verein aufgelöst hat. Wir möchten diese Antragsteller bitten, sich einmal die Frage vorzulegen: Was soll mit einem Mitgliede oder mit einem Verein geschehen, die sich weigern, die Beschlüsse des kommenden Verbandstages zu erfüllen? Sollen diese bestraft sein, bis zum nächsten Verbandstage sich als Verbandsmitglieder aufzuspielen, oder sollen wir ihren Verein außerordentlichen Verbands- oder Bundesstag einberufen? Wir glauben, mit der gewissenhaftesten Verantwortung dieser Frage vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus sind die meisten dieser Anträge erledigt.

Das Mitglied der Organisation bildet gewissermaßen der Teil der Satzung, in dem die Beiträge und Unterstüngen aufgeführt sind. Soweit Anträge zur Beitragsregelung vorliegen, läßt sich die erste Aufgabe feststellen, daß nur Schönebeck weniger als einen Stundenlohn bezahlen will. Meinungsverschiedenheiten bestehen dagegen über die Höhe des Anteils der Lokalkassen. Es gibt Vereine, die glauben, ein Drittel für sich beanspruchen zu müssen, während andere mit einem Fünftel gut auskommen und dabei sogar noch Ersparnisse machen würden. In dieser unterschiedlichen Auffassung offenbart sich die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Lage. Unmögliches verlangen die Kollegen in Gassel, die den Beitrag am Beginn des Jahres festsetzen wollen für das ganze Jahr im Voraus. Das geht schon mit Rücksicht auf die Unterstüngen nicht an. Stellen wir uns vor, man hätte 1921 6 M. Beitrag am Jahresanfang festgesetzt, dann müßten doch die Unterstüngen im laufenden Jahre nach diesen Sätzen ausgezahlt werden. Was würden die Kassier Kollegen sagen, wenn der Vorstand ihnen etwa im Juli oder August dieses Jahres mit 18 M. Streikunterstützung käme, während der Stundenlohn dann möglicherweise 35 oder 40 M. betrüge? — Die Karlsruher Kollegen fordern, daß die Unterstüngen den höchsten Sätzen angepaßt werden müssen, wenn außerordentliche Beiträge länger als ein

vierteljahr erhoben werden. Die Annahme dieses Antrages würde wahrscheinlich zukünftig die Erhebung von außerordentlichen Beiträgen gänzlich verhindern; denn, wenn man Sonderbeiträge erhebt, so ist das der Beweis, daß ohne diese in der Kasse Ebbe sein würde. Diese Ebbe kann man nicht beheben, wenn man gleichzeitig oder kurz hinterher die Ausgaben im gleichen Verhältnis erhöht. Wir können uns denken, was die Ursache dieses Antrages ist. Den Kollegen aber müssen wir bei dieser Gelegenheit sagen, daß sie seit der Zeit, da bei uns der Grundlohn „ein Stundenlohn als Wochenbeitrag“ aufgehoben wurde, im Verhältnis zu den Unterstüngen zu wenig Beitrag zahlten. Und das in mehreren Jahren Versäumnis muß nun nachgeholt werden. Der Fall hätte nicht eintreten brauchen oder hätte doch auf einen längeren Zeitraum verteilt werden können, wenn Staaten und Gemeinden bereits 1919 und 1920 ernsthafter an die Wohnungsbeschaffung herangegangen wären.

Und darum ist das Verhältnis notwendig, wie es der Verbandsvorstand in seinem Satzungsentwurf zwischen Beitrag und Unterstüngen geschaffen hat. Alle Anträge, mit denen bezweckt werden soll, daß höhere Unterstüngen gezahlt werden, bedingen automatisch eine Beitragserhöhung, wenn der Zweck, Auffüllung unseres Kampffonds, erreicht werden soll. Verbandsvorstand und Beirat werden hauptsächlich nicht den Anspruch erheben, daß ihre Vorlage in keinem Punkte geändert werden dürfe; aber darüber müssen sich alle Kollegen klar sein, daß man nicht zugleich mit der Erhebung des höheren Beitrages auch die dem Beitrage entsprechenden höheren Unterstüngen zahlen kann. Geschäftlich liegt die Sache so, daß die höheren Beiträge bei der Hauptkasse nicht sofort oder am Tage nach der Erhebung zur Geltung kommen, sondern in der Regel erst 20 Wochen später. Dieses Verhältnis könnte bedeutend verbessert werden, wenn alle Beitragsstärker sofort nach der Beitragsammlung das eingenommene Geld an die Vereinsstärker abliefern, und wenn diese sofort der Hauptkasse ihren Anteil überweisen würden. Vor allem muß beachtet werden, daß der wirtschaftliche Kampf in den nächsten Jahren wahrscheinlich nicht leichter, sondern schwerer werden wird als in den letzten 3 Jahren. In diesen Kämpfen können die deutschen Bauarbeiter nur dann siegreich sein, wenn sie sich einen außerordentlichen Kampffonds geschaffen haben, der allein schon durch seine Höhe den Gegnern Respekt einflößt. Wäre unsere Organisation das, was gewisse Leute so gern behaupten, nämlich nur ein Unterstüngenverein, dann könnte man ruhig zustimmen, daß mit dem höheren Beitrag auch der entsprechende Unterstüngenbeitrag in Kraft tritt. Wenn wir ein Versicherungsverein wären! Da wir jedoch mehr sein wollen, so müssen wir uns dagegen wehren, daß Anträge, die scheinbar radikal sind, uns in die Lage eines solchen Vereins zwingen.

Die Arbeitslosenunterstützung wollen einige Vereine ganz beiseite lassen. Zum Teil wollen sie dafür die andern Unterstüngen zweige besser bedacht wissen. Die Gründe für derartige Anträge sind heute noch die gleichen wie vor 10 und 20 Jahren: Der Staat, die Gesellschaft zunächst ihre Verpflichtung, die Arbeitslosen zu versorgen; denn sie sind Opfer der herrschenden Wirtschaftsordnung! So sehr wir die Wichtigkeit dieses Grundsatzes immer anerkannt haben, hat uns dies doch nicht abgehalten, die Arbeitslosenunterstützung im Verbandsrat zu schaffen, weil die Gesellschaft zunächst ihre Pflicht gar nicht und zurzeit nur sehr unvollkommen erfüllt. Oder will jemand behaupten, daß die derzeitige staatliche Fürsorge genügend sei. Wir haben auch erkannt, daß die Arbeitslosenunterstützung indirekt die Lohnrückerei hemmt. Die betreffenden Anträge haben daher nicht viel Aussicht auf Annahme durch den Verbandstag. Das beweist auch die größere Zahl von Anträgen, durch die Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung erstrebt wird.

Unter den „Allgemeinen Anträgen“ sind auch einige, die sich mit dem „Grundstein“ befassen. Da dieser stets in vollster Öffentlichkeit erscheint, so können unsere Leser leicht feststellen, wieviel Berücksichtigung zu derartigen Anträgen vor-

liegt. Wir wollen hier nicht darauf eingehen, sondern den Antragstellern auf dem Verhandlstage die entsprechende Antwort geben. Viel Freude werden sie dann an ihren Anträgen nicht mehr haben. So wird es auch mit den Anträgen sein, die wegen der bekannten Ausschüsse von Bolschewisten gestellt sind. Man sieht, daß die Antragsteller selbst nur vorgeschobene Personen sind. Die Anträge stammen in ihrer Fassung aus einer Quelle, nämlich aus der bolschewistischen Zentrale in Berlin. Diese hat ihren Untergebenen in den verschiedenen Landesstellen entsprechenden Befehl gegeben und die Vereine haben sich dazu mißbrauchen lassen, ihr Ansehen durch diese Untertänigkeit selbst zu untergraben.

Die große Zahl der zum Bauarbeiterstreik, zur Erneuerung des Tarifvertrages und zur Sozialisierung gestellten Anträge beweist, daß erfreulicherweise in den Reihen unserer Kollegen der Sinn für ernsthafte Arbeit sehr reger ist. Auch dort finden jedoch unsere Leser die gleiche Reihenfolge von Namen, die sich als Befehlspempfänger der bolschewistischen Zentrale wohl fühlen. Und zum Reichstarifverträge leisten sie sich unfeindlich einen Witz, indem sie den „joubereänen Wirtschaftsbegleitartikeln“ fordern. Sie würden in die bitterste Verlegenheit kommen, wenn sie ihren Gläubigen erklären sollten, was sie mit diesem Schmutz meinen, den Bachmann erfunden hat. Ebenso unfeindlich-humoristisch sind sie auch in der Forderung, der Verband solle dem Staat und den Gemeinden die sozialen Bauarbeiten angliedern. Wenn diese nämlich die Sozialisierung erstrebten, hätten wir unsere Betriebe nicht errichten brauchen. Diese „Klugen“ Leute haben immer noch nicht begriffen, daß der Staat der Sozialisierung „neutral“, das heißt ablehnend gegenübersteht.

Abgesehen vom dem Treiben der Sozialisten lassen die gestellten Anträge erkennen, daß die übergroße Mehrheit unserer Kollegen ernsthaft an dem Umbau des Deutschen Bauarbeiterverbandes zum Baugewerksbund mitarbeitet. Wenn auch nicht alle Anträge erfüllt werden können, so ist doch zu hoffen, daß die gewerkschaftliche Erfahrung und der Wille zum Fortschritt alle Hemmnisse überwinden werden.

### Verhandlungen über einen neuen Reichstarifvertrag.

Der Abbruch der Verhandlungen am 21. Februar gab dem Reichsarbeitsministerium Veranlassung, seinerseits den Versuch zu machen, die Parteien erneut an den Verhandlungstisch zu bringen. Vorbesprechungen führten zu der Vereinbarung, am 24. März erneut in Berlin im Reichsarbeitsministerium zu verhandeln.

Diese Verhandlungen fanden nun unter dem Vorsitz des Herrn Ministerialdirektors Söhler statt. Der Vorsitzende schlug vor, den bis 31. März geltenden Tarifvertrag zur Grundlage der Verhandlungen zu nehmen. Für die Unternehmer sprach Herr Wehrens, Hannover, die Zustimmung zu diesem Vorschlag aus. Kollege Paeplov erklärte für die Arbeiter, daß auch sie mit dem Vorschlag einverstanden seien. Er wolle jedoch vorausschicken, daß Verhandlungen zwecklos seien, wenn die Unternehmer erneut ihre Forderungen hinsichtlich Verlängerung der Arbeitszeit, Einführung der Akkordarbeit und Lohnstaffelung aufwüssten. Wir mußten darauf bestehen, daß in einem neuen Vertrage auch die Arbeitsbedingungen für Lehrlinge geregelt würden. Ebenso müßte an die Bau-Werkmeister gedacht werden. Auch die Ferien müßten geregelt werden. Nur dann, wenn wir in dieser Hinsicht bestimmte Zugaben haben, kann mit Aussicht auf Erfolg verhandelt werden.

Herr Ministerialdirektor Söhler bemerkte nach diesen Erklärungen, daß es ihm nicht zweckmäßig erscheine, von vornherein durch grundsätzliche Erklärungen die Verhandlungen zu erschweren. Man solle doch zunächst einmal über die einzelnen Bestimmungen reden. Der Vorsitzende versuchte nun, entsprechend den Paragraphen des alten Tarifes zu verhandeln. Von Schönfelder wurde darauf erklärt, daß es gar keinen Zweck habe, vielleicht über die §§ 1 und 2 zu verhandeln, wenn man gewärtigen müsse, daß über den § 3 keine Einigung zu erzielen sei.

Es wurde darauf versucht, zunächst über den § 3 (Arbeitszeit) zu verhandeln. Dr. Grundmann begründete darauf die Forderung der Unternehmer auf einer andern Regelung der Arbeitszeit. Die Absicht, die verkürzte Winterarbeitszeit auf die Sommerarbeitszeit anzurechnen, das heißt diese zu verlängern, ließen die Unternehmer fallen, dagegen blieben sie bei der Forderung, daß die Verhältnisse wegen schlechten Wetters nachzuholen sei. Es bestand also der Wille, den Achtstundentag langsam zu beseitigen. Selbstverständlich mußten die Arbeitgebervertreter dieses Vorhaben bekämpfen. Aus den weiteren Ausführungen der Unternehmer, insbesondere des Herrn Wehrens, ging hervor, daß sie auch die Wegfallung etwaiger Feiertage wegen schlechten Wetters beseitigen wollten.

Kollege Wiedeborg, Christlicher Bauarbeiterverband, wies mit Recht darauf hin, daß immer mehr offenbar werde: Die Unternehmer wollen den Achtstundentag beseitigen.

Kollege Silberbach machte den Verhandlungsvorsitzenden darauf aufmerksam, daß sich der Wunsch, aus volkswirtschaftlichen Gründen zentral über die Nachholung von Regenstunden zu verfügen, nicht erfüllen lasse, da die Verhältnisse in Deutschland zu unterschiedlich seien. Da die Aussprache über diese Frage zu keinem positiven Ergebnis führte, blieb sie vorläufig unerledigt.

Die Verhandlung über die Lohnangelegenheiten ergab, daß die Unternehmer ihre alte Forderung der Lohnstaffelung nach Altersklassen aufrechterhielten. Dr. Fröhner begründete diese Forderung mit jenen Argumenten, die unsern Kollegen längst bekannt sind, die sie ablehnen, und die wir darum hier nicht wiederholen brauchen.

Im Namen der Arbeitgebervertreter erklärten Schönfelder und Töpfer, daß wir diese Forderung ablehnten. Wehrens begründete zugleich unsere Forderungen zu diesem Punkte, die darin bestanden, daß wir den Mindestlohn wollen, daß wir bei der Beachtung der Kosten für den Lebensunterhalt das Wort „wesentlich“ gefrichen haben wollen. Besonders der letzte Begriff wurde von den Lohnämtern sehr verschieden ausgelegt. Auch eine nochmalige Begründung der Unternehmerforderung durch Dr. Grundmann, durch den Verhandlungsvorsitzenden und durch Wehrens konnte unsere Vertreter in ihrer Stellung nicht wandelnd machen. Das ganze Bestreben geht, wie von Wiedeborg mit Recht betont wurde, darauf hinaus, die drückenden Lasten des deutschen Volkes allein den Arbeitern aufzubürden. Silberbach schied machte darauf aufmerksam, daß in der Vorbesprechung von unserer Seite ausdrücklich erklärt worden sei, daß bei den Verhandlungen über den nächsten Tarifvertrag über die Frage des sozialen Lohnes nicht verhandelt werden könne.

Auch die Besprechung dieser Frage blieb ergebnislos.

Die Akkordarbeit versuchte uns Dr. Miehle nochmal schmachhaft zu machen, indem er auf die in andern Gewerben bestehenden Arbeitsverhältnisse, auf die Wohnungsnot und auf die Notwendigkeit, die Arbeitsleistung zu steigern, hinwies. Er behauptete, daß heute in vielen Fällen die Bauunternehmer geradezu gezwungen würden, in Akkord arbeiten zu lassen, und daß alle gegenteiligen tarifvertraglichen Abmachungen die Akkordarbeit nicht beseitigen würden. Dr. Grundmann sekundierte seinem Kollegen, indem er besonders auf die Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hinwies. Für die Arbeitgebervertreter erklärte Kollege Töpfer, daß wir keine Möglichkeit sehen, die Wünsche der Unternehmer zu erfüllen. Porter wies nach, daß in Baden die Akkordarbeit total beseitigt sei, mit dem Willen der Unternehmer, obwohl ein Menjéanalter hindurch in Akkord gearbeitet wurde. Streit und Aufstoßverwendung habe beiden Seiten die Sache gründlich verleidet. Es bleibt nur festzustellen, daß auch diese Aussprache ergebnislos verlief.

Die Regelung der Arbeitsbedingungen für Lehrlinge bildete den nächsten Punkt der Verhandlung. Schönfelder erklärte, daß es ohne diese Regelung keinen Tarifvertrag geben könne. Wehrens erklärte namens der Unternehmer, daß sie keine neue Erklärung abzugeben hätten.

Zu der Ferienfrage erklärte Dr. Grundmann, daß die Unternehmer bereits durch den Wortlaut ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen kundgetan hätten.

Zur Regelung der Arbeitsbedingungen für Bau-Werkmeister erklärte Wehrens, daß die Unternehmer bereit seien, einen neuen Tarifvertrag mit allen Arbeiterorganisationen abzuschließen, daß sie aber die Aufnahme dieser Gruppe in den allgemeinen Tarifvertrag für das Baugewerbe ablehnten. Die Kollegen Peters von unserm Verband, Schmidt, Christlicher Bauarbeiterverband, Weingärtner, Werkmeisterverband, erklärten, daß für uns am wichtigsten sei, bald für diese Gruppe einen Tarifvertrag zu bekommen. Ob dies ein Sonderverbot oder ein Anhang an den allgemeinen Vertrag sei, sei es in zweiter Linie zu besprechen. Wergert, Arbeiterbund, teilte mit, daß sie bereit seien, sofort einen gemeinsamen Tarifvertrag mit abzuschließen und möglicherweise ihren bestehenden Vertrag aufzugeben.

Die Unternehmer verzichteten auf weitere Erklärungen hierzu.

Der Verhandlungsleiter warf nun die Frage auf, ob es nicht zweckmäßig sei, eine kleinere Kommission mit den weiteren Verhandlungen zu betrauen. Die Unternehmer wünschten, diese Frage unter sich zu besprechen.

Nach dem Wiederzusammentritt der Parteien gaben die Unternehmer nachstehende Erklärung ab:

Die Arbeitgeber stehen auf dem Standpunkt, daß auch in der kleinen Kommission der ganze Fragenkomplex zur Verhandlung kommen muß, sie sind aber bereit, durch gewisse Abänderungen und Zugeständnisse das Zustandekommen des neuen Reichstarifvertrages zu fördern.

Diese Erklärung machte eine Sonderberatung der Arbeitgebervertreter notwendig, deren Ergebnis in folgender Erklärung zusammengefaßt wurde:

Die Erklärung des Herrn Wehrens befriedigt uns nicht. Die Abänderung über ein Entgegenkommen ist sehr mäßig. Dennoch wollen wir dies Zugeständnis nicht unbenutzt lassen. Wir haben deshalb beschlossen, in Kommissionsverhandlungen weiter über den Tarifvertrag zu beraten.

Nachdem Kollege Paeplov im Plenum diese Erklärung verlesen wurde vereinbart, daß die Kommissionsverhandlungen zunächst ohne Unparteilichkeit stattfinden sollen. Ferner trug Paeplov unsern Wunsch vor, daß auch noch eine kleinere Kommission über die Bau-Werkmeisterangelegenheit beraten möge. Diejem Vorschlag stimmten die Unternehmer zu. Weiter wurde vereinbart, daß die nächste Plenarsitzung am 31. März stattfinden soll, um das Ergebnis der Kommissionsberatungen entgegenzunehmen.

Das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen ist also sehr, sehr mager. Es sind jedoch noch nicht alle Möglichkeiten verbaut, so daß zu hoffen ist, die Kommissionsverhandlungen ergeben noch vor dem Ablauf des jetzigen Reichstarifvertrages brauchbare Unterlagen zu einem neuen Vertrage. Allen Anschein nach ist den Unternehmern denn doch in letzter Stunde klar geworden, daß die Lage sehr ernst ist. An unsere Kollegen wird es nun liegen, sich nicht durch Disziplinlosigkeit, durch unüberlegte Handlungen ihre jegliche günstige Stellung zu verderben. Auch dann, wenn ein neuer Tarifvertrag bis 31. März nicht zustande kommt, wenn jedoch im Verlauf der Kommissionsverhandlungen bereits ersichtlich werden sollte, daß dies vielleicht um eine oder zwei Wochen später geschehen kann, wird dafür gesorgt werden müssen, daß jene Einrichtungen weiter funktionieren, die bisher für die Lohngestaltung unerlässlich waren. Im übrigen wollen wir nicht vergessen, daß es der Verbandstag ist, der auf unserer Seite das letzte Wort in dieser Angelegenheit hat.

Kurz vor Abschluß dieser Nummer wird uns aus Berlin noch mitgeteilt, daß die Unternehmer auch in der kleinen Kommission in den wesentlichen Punkten noch keine Zugeständnisse machen. Eine Unterkommission soll aber am Dienstag und Mittwoch arbeiten, um bis zum Wiederzusammentritt der kleinen Kommission eine Verständigung über einige Streitpunkte zu versuchen.

### Theorie und Praxis.

In der Theorie sind die Bolschewiki am allerrevolutionärsten. In der Theorie sind sie für sehr hohe Löhne, die verhältnismäßig noch über die Friedenslöhne hinausgehen müssen. In der Theorie sind sie für eine sehr kurze Arbeitszeit. In der Theorie schimpfen sie auf die Gewerkschaften und besonders auf die Gewerkschaftsführer, weil sie diese nicht den bolschewistischen Theorien fügen wollen. In der Theorie erklären sie, daß die Privatunternehmer keine Klassenberechtigung haben. In der Theorie bekämpfen sie den Imperialismus und die Reparationsforderungen der Entente.

In der Theorie!!! Und wie ist ihre Praxis?

Die russische Sowjetregierung läßt in Berlin in der Liebenburger Straße Bauarbeiten ausführen. Mit der Ausführung beauftragte sie nicht, wie es selbstverständlich scheinen möchte, die bolschewistisch genannten Bauarbeiter Berlins, sondern einen Privatunternehmer. Einem solchen Tages stellen nun die dort beschäftigten Bauarbeiter an den Unternehmer die Forderung, einen höheren als den Tariflohn zu zahlen. Und als dies verweigert wurde, stellen sie die Arbeit ein. Den bolschewistischen Theoretikern in der gewerkschaftlichen Fraktionszentrale, im Vorstand der SPD, und im Moskauer Exekutivkomitee hätte doch ob solcher forschenden Vorgehens das Herz im Leibe lächeln müssen und sie hätten den Bauarbeitern eine öffentliche Bloßlegung aufkommen lassen müssen. Sie taten jedoch das Gegenteil. Der Unternehmer trug der Sowjetregiererschaft den Fall vor, diese aber bewilligte nicht freudigen Herzens den höheren Lohn, sondern sie erlaubte ihnen freireisenden Parteigenossen einen ganz gehörigen Knüttel, schalt sie „konterrevolutionär“ und sagte ihnen gleichzeitig, wenn bezarrig in Russland vorkomme, dann spazieren sie, die Arbeiter, in ein Konzentrationlager oder in die Katorga. Nach dieser revolutionären Leistung der Sowjetregiererschaft erschien Fritz Gader auf dem Plan. Er, der gewerkschaftliche Kommandeur der Weltrevolution, machte den freireisenden Bauarbeitern noch einmal ganz gehörig den Knüttel und half dazu, daß der Streik durch die fristlose Entlassung der Bauarbeiter beendet wurde. Das ist bolschewistische Praxis!!!

Kollegen! Stellt Euch einmal vor, daß Emil Thöns oder Hoppe oder Bartenberg so gehandelt hätten! Wie viele pfaffenheilige Leiharbeiter und Reden in der „Metan-Fahne“ und im „kommunistischen Gewerkschaftler“ bekäme Ihr dann vorgelesen, in denen die Menschheit, die Bongen, die Sozialverräter usw. in Grund und Boden verdornt würden. Wer freilich, kein Vorstandsmitglied des Vereins Berlin wird eine so niederträchtige Handlung begehen.

Aber trotzdem: Die Bolschewiki machen die Weltrevolution!

Daß in Russland der Achtstundentag längst in einen Zwölfstundentag verwandelt wurde, ohne dadurch einen greifbaren Erfolg zu erzielen, ist längst bekannt. Aber trotzdem: Die Bolschewiki machen gewiß die Weltrevolution!

Daß die Akkordarbeit, die in Deutschland bekämpft wird, in Sowjetrußland Regel geworden ist durch Zwang, ist ebenfalls längst bekannt. Aber trotzdem: Die Bolschewiki machen ganz gewiß die Weltrevolution! Weniger bekannt ist, daß Abdel im Auftrag der Sowjetregierung mit der französischen Regierung über eine Arbeitsgemeinschaft zur gemeinsamen Ausplünderung der deutschen Arbeiterchaft verhandelt, daß Deutschland an Rußland Wiederherstellungsleistungen geben soll, die jedoch nicht Deutschland, sondern Frankreich von Rußland bezahlt bekommen soll. Und diese Leistungen für den bereits feststehenden Betrag werden um 10% höher sein müssen, je weniger die deutschen Waren kosten, das heißt, je niedriger die Löhne der deutschen Arbeiter sind. Bei dieser Art der Preisfestsetzungen zwischen den Bolschewiki und den militärischen Imperialisten find natürlich die deutschen Gewerkschaften ein Hindernis. Dieses Hindernis zu beseitigen, liegt am meisten im Interesse jener Gruppe, die die russische Arbeiterchaft beherrscht. Merkt Ihr noch nicht, deutsche Arbeiter? Aber trotzdem: Die Bolschewiki machen sicher und ganz gewiß die Weltrevolution!



Indem sie eine neue und schneller wirkende Methode anwenden, der Arbeiterkraft das Ziel über die Ohren zu geben. Wer den Arbeiter hilft, daß sie Schritt für Schritt vorwärts kommen, daß sie, langsam zwar, aber sicher, eine Nachstellung nach der andern erobern, der ist nach bolschewistischer Theorie ein Verräter, ein Verräter.

Wer die Arbeiter in die Katastrophe schießt, wenn sie mehr Lohn fordern, wer mit den privatkapitalistischen Imperialisten ein Bündnis zur Ausbeutung der Arbeiterkraft eingeht, der ist nach bolschewistischer Praxis ein Weltrevolutionär! Wie lange werden deutsche Arbeiter sich noch von dieser Goydoptergesellschaft Befehle erteilen lassen?

Potemkins Nachfolger.

Von Karl Volkmerhaus.

Das internationale Komitee „Arbeiterhilfe“ in Sowjetrußland, das ja auch in Deutschland durch Willy Müngersberg vertreten wird, übergab mir durch seinen Vertreter Franz Jung in Moskau ein Exposé über seine Tätigkeit in den Hungergebieten. Danach sollen ungeheure Mengen Lebensmittel und Kleidungsstücke von diesem Komitee in die Hungergebiete eingeführt sein. Ferner spricht man davon, daß man Kraftwagen, Lokomotiven, landwirtschaftliche Maschinen, Fehlschiffe, Schiffe und Schiffsverrichtungen in Eisenbahnwaggons dorthin gebracht habe, ferner, daß man sehr viele Kranke und Flüchtlingskinder bewirte. Man wollte mit uns in Verbindung treten, um auch in unserm Verteilungsgebiet schrittweise Erwerbsmöglichkeiten durch Hausindustrie herzustellen. Die Anfänge dazu hätten sie bereits gemacht. Nach eingehenden Feststellungen durch unsere Delegation haben wir von all diesem von der „Arbeiterhilfe“ angeblich Inzidenzen nichts bemerkt. Auch in Rußland ist das Papier gelutet. Nur sollte man sich hüten, jemand etwas vorzunehmen, der den Dingen auf den Grund geht.

Unsere Delegation sprach dem Vertreter der Sowjetregierung gegenüber den Wunsch aus, man möchte in ähnlicher Form, wie es bei der Armen-Mission sowie bei der rein kapitalistischen amerikanischen Relief-Administration (Ara) geschehen sei, unsere Hilfsaktion der Öffentlichkeit durch die Zeitung bekanntgeben. Das geschah denn auch in der „Jewetschna“ vom 24. Januar, jedoch in einer Weise, daß man daraus nicht ersehen kann, ob die Mission von der Gewerkschaftsinternationale Amsterdam oder von der Roten ausgeht. Die Benennung darin ist: „Internationale Föderation der Gewerkschaften.“ Wir hatten zwar den ausdrücklichen Wunsch ausgesprochen, auch das Wort „Amsterdam“ mit aufzunehmen, was allerdings unterblieben ist.

Es ist selbstverständlich, daß ich bestrebt war, in die wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands einzudringen, nachdem ich die Neugierigkeiten überhört hatte. Ich habe mit dem deshalb eines Tages zu der Gewerkschaft der Metallarbeiter, um die Gewerkschaftsbedingungen kennen zu lernen, und ferner eine Fabrikbesichtigung vornehmen zu dürfen.

Die Bureaus der Organisation befinden sich in einem schloßartigen Gebäude, das seinen alten Glanz vollständig verloren hat. Ich glaubte einen neuen Glanz dort vorzufinden, der dem bisherigen großen Geheiß der Roten Gewerkschaften Rußlands Rechnung trüge. Aber weit gefehlt! Ich habe trotz Suchens nicht entdecken können, welche praktische Gewerkschaftsarbeit in organisatorischer wie in sozialer Hinsicht dort geleistet wird, trotzdem es meines Dafürhaltens genug Angestellte gibt. Würde in Deutschland in den Gewerkschaften so verfahren, o weh! Ich wurde durch die gesamten Räume geführt, von denen jeder seine Bestimmung hatte. In dem Raum für Statistik habe ich allerdings vergebens nach irgendwelchem Material gesucht. So wie in diesem, war es in allen Räumen, sei es in der Produktionsabteilung oder sonstwo. Man macht alles aus dem Gedächtnis! Irgeendwelche Negativstruktur ist ebenfalls nicht vorhanden. Die Besichtigung dieses Zustills sowie die nachherige Besichtigung der Fabrik stieß allerdings auf einige Schwierigkeiten. Nur durch mein beharrliches Verweilen gelang es mir, den Präsidenten des Moskauer Metallarbeiterverbandes zu bewegen. Er schien allerdings nicht kompetent zu sein, mir eine Fabrik zu zeigen. Ich erleichterte ihm deshalb die Situation dadurch, indem ich mich erbot, mit Komosch, dem Vorherrschenden der Metallischen Gewerkschaften und der Roten Gewerkschaftsinternationale, telephonisch zu sprechen. Nach ungefähr einundfünfzig Minuten erhielt ich die Erlaubnis, eine Fabrik zu besichtigen. Wir verabredeten, das am nächsten Tage, da es an diesem Tage zu spät geworden war, zu tun.

Als ich am folgenden Tage die Organisation aufsuchte, wurde mir mitgeteilt, daß der Präsident gerade einen Vortrag halte über die von Lenin am Tage vorher herausgegebenen Thesen über die Unabhängigkeitmachung der Gewerkschaften von den Sowjetbehörden. Die Sitzung fand in einem Zimmer statt, das seinem ehemaligen Besitzer wahrscheinlich als Musikzimmer gedient hatte. Möbel, Stuhl usw. ließen das trotz des Verfalls erkennen. Ungefähr 25 Personen nahmen an dieser Sitzung teil. Nach einundfünfzig Minuten des Präsidenten, in dem er sich auf den Boden dieser Thesen stellte und betonte, daß barn auch für die Gewerkschaften das bisher verbotene Streikrecht in Geltung käme, durften die Anwesenden nur Fragen stellen, die der Präsident beantwortete, worauf er die Sitzung schloß. Aus der Fragestellung ging hervor, daß ein großer Teil der Anwesenden sich diesen Thesen nicht anschließen konnte. Eine angestellte Kommunistin erklärte mir, daß es doch unmöglich sei, daß die Arbeiter eines Staatsbetriebes streiken dürften und dann noch gar mit Zustimmung der Gewerkschaften.

Nach diesem Bild der Desorganisation fuhr das Verbandsbüro vor und wir begaben uns nach der Fabrik von Brumle. Dies ist eine Metallfabrik, in der jetzt 800 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden. Sie gilt als Fabrik erster Ordnung, das heißt, sie erhält vom Staat die Materialien und liefert die fertigen Produkte an ihn ab. Außerdem erhalten die dort Beschäftigten einen größeren Wajol (Lebensmittelanteil) als in andern Betrieben und sind weiter im Affordiohri etwas besser gestellt. Gemessen an den deutschen Verhältnissen, ist der Reallohn um Bedeutendes geringer. Die Fabrikation dieser Fabrik besteht hauptsächlich in Werkzeugen, Drehbänken, Kartoffeltransporthilfen, Werten und Sensen. Ein Teil der Fabrik mußte früher stillgelegt werden. Ein wä-

rend des Krieges angefangener Neubau ruhte ebenfalls. Der leitende Ingenieur erklärte uns die Fabrikationsmethoden. Er konnte dabei keine genauen Angaben über die Fabrikationsdauer der obengenannten Maschinen machen. Die Organisation sowie die maschinellen Einrichtungen der Legie- und Sensenfabrikation ging einermäßen, während bei den andern Produktionszweigen alles sehr primitiv war. Soziale und hygienische Einrichtungen in der Fabrik, wie Umkleieräume, Waschküchen, Schukborrichtungen usw., sind kaum vorhanden. Die Arbeiter sehen zum Teil in ihren Pelzen bei der Arbeit. Die „wichtigen“ Räume bedingen das. Alle Arbeiter und Angestellten sind zwangsläufig Mitglied der Gewerkschaften. Man findet unter ihnen sehr wenig Kommunisten, dafür mehr Parteiloje. Der kommunistische Direktor der Fabrik, ein ehemaliger Arbeiter, hat die Leitung und ist der allein bestimmende Teil. Auf eine Frage des Direktors, wie es nur gefiele, erklärte ich ihm unterdessen, daß ich von Sozialismus oder gar Kommunismus in dieser Fabrik nichts gefahren habe. Darauf erklärte er mir prompt, daß wir daran schuld seien, weil wir die Weltrevolution nicht genandt hätten. Eine launische Bemerkung hat bis jetzt keine Fabrik nicht. Eine solche macht sich aber jetzt nach Aussage des Ingenieurs notwendig, weil sie in letzter Zeit vom Staat nicht in genügender Weise mit Materialien sowie Lebensmitteln versorgt werden. Sie seien deshalb gezwungen, jetzt privatwirtschaftlich zu arbeiten.

In Rußland drängt alles zur Privatwirtschaft, wie ja schon aus den Auslassungen russischer Regierungsmänner hervorgeht. In Wirklichkeit vollzieht sich die kapitalistische Wirtschaftsweise nach der Freigabe des Handels schneller als man ahnt. Um den Verkauf der Häuser aufzulösen, hat man jetzt die kleinen Häuser wieder privatisiert. Ebenso sind die Fabriken unter 100 Arbeiter wieder in Privatbesitz übergegangen. Ob sie schon ihre Tätigkeit aufgenommen haben, ist sehr zweifelhaft, denn 90 v. H. sämtlicher Fabriken liegen still. — Moskau wird sehr viel von bürgerlichen Journalisten, Handelsvertretern usw., hauptsächlich aus England und Amerika, aufgesucht. Die Sowjetbehörden bis in die höchsten Kreise konferieren mit diesen sehr gern. Man glaubt, daß nur das internationale Kapital Rußland wieder aufbauen kann. Bei diesem Aufbau erhofft man von Deutschland den größten Erfolg. Die Theorie des bolschewistischen Kommunismus ist zusammengebrochen. Wie mir berichtet wurde, soll Lenin darunter seelisch fast leiden und seit einigen Monaten auf dem Lande wohnen.

Die Regelung der valutarischen Verhältnisse wird große Schwierigkeiten machen, wenn man bedenkt, daß die Theorie der Abschaffung des Geldes durch seine Entwertung jetzt fallen gelassen werden muß. Die Wostauer Kommunalbank, auf der nur ausländisches Geld gemischt werden darf, zählt für 1 R. 700 bis 800 Rubel, während die schwarze Börse über 3000 gibt.

Wenn auch die Wertverhältnisse sehr betrübend sind, so sind doch jetzt wieder die Bahnbesörden für Bahnsendungen veranwortlich.

Die Entbureaufaktisierung sowie die Abschaffung der strengen Zensur müssen zum schnelleren Aufbau vorgeommen werden.

Nabel schreibt in der „Roten Fahne“: „Der Kapitalismus existiert während der Feudalagewalt, während des Absolutismus in der demokratischen Republik wie in der oligarchischen Republik. Der Kapitalismus verheißt sich den Verhältnissen anzupassen. Er wird gezwungen sein, mit den Verhältnissen zu rechnen, die in Rußland existieren. Er wird mit ihnen rechnen, wenn diese politischen Verhältnisse unerschütterlich sind, ihn aber den Profit garantieren.“ Daraus ist zu entnehmen, daß ebenso anpassungsfähig wie der Kapitalismus hier geschändert wird, auch der bolschewistische Kommunismus ist. Engländer erklärten mir, daß sie auch mit dem jetzigen Regierungssystem arbeiten könnten. Es gibt eben in Rußland weder jetzt noch für die nächste Zukunft andere Faktoren, die das Staatsruhrn führen können. Das nationale Gefühl der Sowjetbehörden drückt sich schon in den Neugierigkeiten der Roten Armee aus. Als alledem, was man in dieser Beziehung sieht, kann man schließen, daß Rußland in velleicht nicht allzulanger Zeit ein starker imperialistischer Staat sein wird. Der Wiederaufbau Rußlands kann nur durch die ganze Welt geschehen. Deshalb liegt es an den westeuropäischen Regierungen, wenn Rußland länger leidet. Das am allgemein in Rußland auf die deutsche Technik und deutsches Kapital große Hoffnungen setzt, ist es notwendig, alles zu beseitigen, was dem Wiederaufbau Rußlands im Wege steht. Auch die westeuropäische Arbeiterklasse kann jetzt, nachdem der Spuk der Roten Internationale mehr oder weniger als erledigt betrachtet werden kann, tatkräftig mitwirken, Rußland zur wirtschaftlichen Gesundung zu bringen. Zunächst ist es notwendig, das russische Volk wieder satt zu machen und zu heilen. Deshalb muß die Hilfsaktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes Amsterdam von allen Proletariern noch weiter unterstützt werden.

Wohnungsaufbau und Bauarbeiter-schuh.

Mitteldeutschland, das Lager der Braunkohle, wird in Zukunft das Donizil der in Schlesien und der Rheinproving durch die Abtrennung von Deutschland lahmgeliegten Industrie. Daburd wird der schon jetzt riesige Wohnungsmangel noch erheblich vergrößert. Schon heute sind Laufende von Arbeitern, die in und um Merseburg beschäftigt sind, gezwungen, weite Strecken, bis über 30 Kilometer, von und zu ihrer Arbeitsstelle zurückzulegen. Sie können am Arbeitsort beim besten Willen keine Wohnung finden. Laufende Wohnungsuchende stehen seit Jahr und Tag auf der Dringlichkeitsliste. Weitere Laufende leben in alten, alten hygienischen und sanitären Vorrichtungen zuverlaufenden Unterkunftsräumen. Nun sollen neue Anlagen, neue Fabriken in nächster Zeit entstehen und selbsterhellend auch recht bald in Betrieb gesetzt werden. Ueber das nötige Menschenmaterial machen sich die Großindustriellen durdhaus keine Kopfschmerzen. Die Arbeitskräfte können auch in notwendig zusammengehörigen Baracken untergebracht werden. Ihre Proflitgeschick ist es nicht, neben der Errichtung von Fabrikräumen auch Wohnungen in genügender Anzahl herzustellen. Anders jedoch denken die Arbeiterverbände und müssen auch die Behörden denken. Es wäre ein trauriger

Staat, der seine Bürger nur zum Steuerzahlen heranzieht, ohne an seine eigene Pflicht: „Schutz den Staatsbürgern“, zu denken. Dieses Empfinden muß wohl auch der Landrat des Landkreises Merseburg haben; denn er schreibt: „Durch die schon während des Krieges einsetzende Industrialisierung wurden die Wohnungsverhältnisse im mitteldeutschen Industriegebiet, und besonders im Bezirk Halle-Merseburg, wesentlich verschlechtert. Wohl in keinem Gebiet Deutschlands, selbst nicht im besetzten Westen, hat das Wohnungselend so gemeinlichliche Wirkungen ausgelöst wie im Wirtschaftsgebiet Halle-Merseburg. Die Vernichtung von geistigen und sachlichen Werten und der Raubbau in volksgesundheitlicher und sittlicher Hinsicht läßt sich in Worten oder in trockenen Zahlen gar nicht wiedergeben. Nur das eigenpersönliche Miterleben des Wohnungselends und seiner Folgenwirkungen schafft erst die Fähigkeiten zur richtigen Erkenntnis aller Gefahren, die die Kräfte bilden zur weiteren Verminderung der Aussicht auf Besserung der Voraussetzungen zur höherwertigen Lebensbetreibung der wirtschaftlichschwachen Volksschichten.“ Und, nachdem er noch besonders auf den Bau des Mittelbandanals und seine Anschlußstrecken hingewiesen hat, gibt er dann ein anschauliches, aber zugleich auch ein haarsträubendes Bild von dem hier abzuoltenden Arbeitsprozeß wieder. Danach heißt es: „Von den Industrieunternehmungen des Landkreises Merseburg sind seit Wendeigung des Krieges etwa 15 000 ständig beschäftigte Arbeitnehmer neu eingestellt worden. Bei den verschiedenen Unternehmen werden dann weiter etwa 5000 Arbeitnehmer des Bau-gewerbes beschäftigt. Wenn diese auch nicht zu dem ständig Beschäftigten gerechnet werden können, so ist aber bestimmt anzunehmen, daß ihre Zahl für die nächsten Jahre sich kaum hermindern wird. Für diese in der neuerstandenen Industrie des Landkreises Merseburg beschäftigten 20 000 Arbeitnehmer selbst nur heute nur 4525 Wohnungen im Landkreise wohnen außerhalb ihres Arbeitsortes, zum Beispiel in der Stadt Halle 4855, in der Stadt Merseburg 3240, in der Stadt Weißenfels 2500, in der Stadt Raumburg 1000, in Leipzig 400, im Saalekreis 1100, im Kreis Weißenfels 1400, im Kreis Raumburg 455, in Leipzig-Land 450, im Kreis Merseburg 400. Außerdem sind aus Thüringen 450 und aus dem Vogtlande 150 in Baracken von einigen Kohlen-gruben am Arbeitsorte untergebracht. Der Wohnort liegt von Arbeitsorte entfernt bei: 8768 Arbeitnehmern von 3 bis 10 Kilometer, 10 770 bis 20 Kilometer, 2655 bis 30 Kilometer, 435 über 30 Kilometer. Der Ein- und Rückweg zum Arbeitsort erfordert täglich bei 3768 Arbeitnehmern bis zu 8 Stunden, bei 10 770 bis zu 4 Stunden, bei 2655 bis zu 6 Stunden, bei 435 bis zu 8 Stunden. In diesen Zahlen wird man die Vergewung persönlicher Kraft und den un-nötigen täglichen Aufwand erkennen können. So soll zum Beispiel nach einer Preisermittlung die Eisenbahn fogar einen täglichen Selbsttrag von 96 000 M durch den Leina-Verkehr haben.“

Daß diese trostlosen Zustände eine dringende Hilfe nötig haben, wird allseitig zugegeben werden müssen. Die andern Industriegebiete des mitteldeutschen Wirtschaftsgebietes zeigen ähnliche Verhältnisse. Der Landrat läßt durchblicken, daß, bevor die neu errichteten Werke eröffnet werden, erst die genügende Anzahl von Wohnungen herzustellen sei. Wir stehen den Plänen und Anschauungen des Merseburger Landrats sympathisch gegenüber, befürchten aber, daß es nur fromme Wünsche bleiben werden. Denn, sollte der Landrat dazu übergehen, durch Zwangsmittel die zum Bau von Arbeiterwohnungen notwendigen Gelder flüssig zu machen oder diesbezügliche Verordnungen zu erlassen, so kann er sehr bald mit der Drohung rechnen: „Landrat, Landrat, hüte di, fangen wir di, so hange wir di.“

Neben der Beschaffung von Arbeiterwohnungen haben wir Bauarbeiter aber noch ganz andere Forderungen. Zweifellos werden wir im Wirtschaftsgebiet Halle-Merseburg in den kommenden Jahren eine sehr gute Bautätigkeit haben. Es muß daher schon jetzt unsere Aufgabe sein, alle Vorarbeiten zum durchgreifenden Bauarbeiter-schutz zu treffen. Für die Forderungen unserer Kollegen nach Anstellung eines Bautenkontrolleurs aus Arbeiterkreisen haben unsere Behörden immer nur verschlossene Ohren gezeigt, vielmehr stets behauptet, nicht die genügenden Finanzmittel zu besitzen. Andererseits hegte man die Verflistung, für den etwa angustellenden Bautenkontrollleur nicht die genügende Beschäftigung zu haben. Nach unserer Auffassung liegen die Dinge so, daß man die Bauarbeiter um ihre berechtigten Ansprüche bringen will. Deshalb wollen wir versuchen, den Behörden einen Arbeitsplan für den Bautenkontrollleur zu unterbreiten, wodurch zugleich auch die Finanzfrage gelöst wird. Bis weit in die Kriegszeit hinein wurde die Maschine den Menschen vorgezogen. Ein Federstrich genügte, um letztere zu beschaffen. Heute liegen die Dinge wesentlich anders. Deutschland muß sich mehr denn je auf die Kraft seiner Arbeiter verlassen; es kann sich nur durch emsige Arbeit retten und durch Schaffung von Fertigtaritäten den Zusammenbruch vermeiden. Das kann aber nur von einem Volke bewerkstelligt werden, das vor der Ausbeutung des rücksichtslos vorgehenden Kapitalismus nach allen Seiten geschützt ist. Den Bauarbeitern steht mit Rücksicht auf den ungeheuren Wohnungsmangel eine große Aufgabe bevor; daher muß deren Leben und Gesundheit ganz besonders gewahrt werden. Schon tausende von Mal ist es ausgesprochen worden, daß die Bauarbeiter zu den von den Behörden eingesetzten Bautenkontrollleuren kein Vertrauen haben, am wenigsten dann, wenn sie noch in Schutzmannsuniform stecken. Mit der Bautenkontrolle ist es unferes Erachtens aber auch nicht getan. Was nicht der Besuch des Kontrollleures, und möge er noch so häufig sein, wenn die auf den Bauten Beschäftigten, die dazu noch in der Woche ein paarmal durcheinander genurteilt werden, selbst nicht wissen, wie sie ihr Leben vor Gefahr zu schützen haben? Ich betrachte den Bautenkontrollleur als den Arzt der Bauarbeiter, der unter den in einem umgrenzten Gebiet wohnenden Bauarbeitern des öfteren Vorträge hält, etwa über Gerüstbau, Berufstraining, Anstehungsgefahren usw. Sehen wir uns einmal das Binde- oder Brankerungsmaterial, das zum Gerüstbau verwendet wird, etwas näher an. Da gibt es Drahtseile in den verschiedensten Auflagen. Es gibt Ketten mit Klauen, Ketten und Spibornen, mit Klammern, Keilen und Gelen. Kurz, eine Auswahl, die sehr oft beim Gebrauch verkehrt angewandt wird. Sehr oft schon sind Unfälle vorgekommen,

die auf die Erkenntnis zurückzuführen sind; aber auch der Reichsinn spielt eine große Rolle. Der Baukontrollleur in einem Gebiet mit großer Bautätigkeit kann höchstens das Bretter- und Stangenmaterial auf seine Haltbarkeit untersuchen, Raubuden und Wörte in Augenstein nehmen und, im Falle von Mängeln, Anordnungen treffen, die immer erst von den Arbeitern verstanden sein müssen, um sie auszuführen. Aber schon dadurch können eine Anzahl Unfälle sowie Krankheiten vermieden werden. Dadurch haben in erster Linie die Versicherungen ihre Vorteile; deshalb wären sie verpflichtet, die Forderungen der Bauarbeiter, „Kontrollleur aus Bauarbeiterkreisen“, nicht nur moralisch, sondern auch finanziell zu unterstützen. Auch durch Berufskrankheiten sind den Krankenkassen größere Ausgaben entstanden. Wenn diese Krankheiten auch nicht vollständig beseitigt werden können, so dürften sie doch wohl durch Anwendung von Schutzmaßnahmen erheblich herabgemindert werden. Die Familien der dauernd Erkrankten fallen in der Regel der öffentlichen Fürsorge zur Last, der Staat muß zahlen und bestreift außerdem noch die Arbeitskräfte. Auf alle Fälle ist es verkehrt, am unrechten Ende zu sparen.

Kurz zusammengefaßt würde die Tätigkeit eines modernen Baukontrollleuers folgendermaßen aussehen: 1. Kontrolle der Bauten, und vor allem Untersuchung des zur Verfügung stehenden Gerüstmaterials auf seine Haltbarkeit, sowie Kontrolle der Raubuden und Wörte. 2. Vorträge und Lehrkurse über Anwendung des Gerüsts und seine Veranbarung. 3. Vorträge über Berufskrankheiten, die leicht aus Schriften von geeigneten Wissenschaftlern entnommen werden können. 4. Zutritts- und Beschäftigungsrecht für Wohnungen, die als ungeeignet zu Wohnzwecken oder baufällig gemeldet werden.

Zu Punkt 1 ist es notwendig, den Kontrollleur mit einem Aufnahmegerät zu versehen, der ihm ermöglicht, größere Mängel festzuhalten. Zu 2 muß dem Kontrollleur die weitestgehende Selbständigkeit gewährt werden, und er muß selbstverständlich so entlohnt werden, daß er allen Beschäftigten vorzuziehen standhalten kann. Damit er das nötige Anschaffungsmaterial hat und um seinen Vortrag verständlicher zu machen, muß er mit leicht transportablem, zusammenlegbarem, geräuschlos arbeitendem Material, mit Seilen und Ketten versehen werden. Zu 3 und 4 muß ihm der nötige Reichtum unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Der Bauarbeiter selbst stellt die Aufgabe, erneut an die Behörden heranzutreten, um ihre Ansprüche geltend zu machen, dafür zu sorgen, daß in allen Städten eine Bauarbeiterkommission ins Leben gerufen wird, die die Pflicht hat, alle etwa eingelaufenen Beschwerden und Unfälle der Bauarbeiter an die richtige Adresse weiterzugeben. Ferner haben wir auf das Lehrgeld an den Lehrkursen teilzunehmen und den Anweisungen des Kontrollleuers Folge zu leisten. Da durch die miserable Entlohnung des Bauarbeiters im Baugewerbe das ganze Handwerk sabotiert wird, sind wir, um unsere Aufgaben gegenüber den andern Volksschichten erfüllen zu können, doppelt verpflichtet, unser Leben und unsere Gesundheit zu wahren.

Franz Lingau, Merseburg.

### Wer will billige Lebensmittel haben?

Wer Lebensmittel zu verhältnismäßig billigen Preisen kaufen will, der wende sich vertrauensvoll an die „Deutsche Tiefbau-Zeitung“, der Wochenchrift des Reichsverbandes des Deutschen Tiefbaugewerbes. Diese Zeitschrift bringt in ihrer Nr. 10 einen Artikel von Heinrich Wejmann, Hamburg, betitelt „Weltmarktlöhne“, der mit folgenden merkwürdigen Sätzen beginnt:

Es ist eine längst bewiesene Tatsache, daß in Deutschland die Progression (Steigerung) der Arbeitslöhne in den letzten Jahren eine schnellere war, als diejenige der Preise für die Lebenshaltung. Sind zum Beispiel ausweislich der Reichsteuerungszeitung die Kosten für den Lebensunterhalt in Berlin und Hamburg um das Dreifache nach dem Stande von November 1921 gestiegen, so wird es kaum einen Arbeiter in diesen beiden Wirtschaftsbereichen geben, der noch für einen Stundenlohn von 7,80 M bei einem Vorkriegslohn von 60 S arbeitet.

Aus diesen beiden Sätzen werden unsere Leser schon den Schluß auf die Tendenz des Artikels ziehen. Wejmann will beweisen, daß die Löhne stärker gestiegen sind als die Warenpreise. Er will weiter beweisen, daß die Preise im Ausland, er führt zu dem Zweck Schweden an, höher sind als in Deutschland. Allerdings darf er nicht die heute geltenden Zahlen anführen, er führt vielmehr die vom April vorigen Jahres an. Ob er wirklich die Tiefbauunternehmer für so unwissend hält, daß sie sich dadurch täuschen lassen? Wenn er heute noch Lebensmittel zu den von ihm angegebenen Preisen verkaufen oder kaufen kann, so möge er schleunigst seine Quelle mitteilen. Damit er aber weiß, was jetzt Lebensmittel kosten, sehen wir hierher, was Fritz Rientzger in seinen „Unpolitischen Zeitläufen“ als „Indeziffer“ für ein Mittageessen für 4 Personen errechnet hat:

Sonntag.	
3 Pfund Sauerkraut .....	15 M. (Zehl 9, - M.)
1 „ Erbsen zum Drei nebst Fett ..	25 „ ( „ 8, - „ )
1 „ geräucherter Schweinefleisch ..	60 „ ( „ 25, - „ )
Im ganzen ... 1,- M. (Zehl 42, - M.)	
Montag.	
1 Liter Milch zur Suppe .....	17 M. (Zehl 6,20 M.)
4 Pfund Kartoffeln m. Petersilie u. Fett ..	23 „ ( „ 21, - „ )
Im ganzen ... 40 M. (Zehl 27,20 M.)	
Donnerstag.	
Weiskraut gedämpft .....	10 M. (Zehl 10,50 M.)
4 Pfund Kartoffeln u. Drei nebst Fett ..	22 „ ( „ 14, - „ )
1 „ Preßwurst .....	30 „ ( „ 24, - „ )
Im ganzen ... 62 M. (Zehl 48,50 M.)	
Freitag.	
Milchsuppe .....	16 M. (Zehl 6,20 M.)
6 Pfd. Kartoffeln u. Gemüse nebst Fett ..	25 „ ( „ 21, - „ )
2 Fertinge .....	16 „ ( „ 8,60 „ )
Im ganzen ... 57 M. (Zehl 30,80 M.)	

Was sagen die „Deutsche Tiefbau-Zeitung“ und Herr Wejmann zu diesem Indez, der zwar nicht befriedigend abgemessen ist, aber dafür den Vorzug hat, vollständig der Wahrheit zu entsprechen? Nach diesen Zahlen müßte ein Bauarbeiter heute stündlich verdienen in Berlin 48,45 M statt 15,50 M und in Hamburg 51,30 M statt 18,70 M. Auch diese Rechnung würde natürlich nicht ganz richtig sein, wenn man zur Erfassung der Lage nur diese wenigen nackten Zahlen heranzieht. Immerhin ergibt sich aber aus ihnen, daß der Stundenlohn tatsächlich doppelt so hoch sein müßte als er ist, wenn der Arbeiter in seiner Lebenshaltung annähernd so gestellt sein sollte wie 1914. Nun haben wir bereits mehrmals der Meinung Ausdruck gegeben, daß den Arbeitern vielmehr mit einer Preislenkung als mit Lohnerhöhung gedient ist. Darum, bitte, verehrter Herr Wejmann, rüden Sie mit den billigen Lebensmitteln an!

### Anträge an den Verbandstag.

#### Nichtigstellung.

Der Verein Jena teilt mit, daß in seinem Antrage zu § 28 der Satzung (Nr. 10 des „Grundstein“) ein Schreibfehler unterlaufen ist. Der Antrag soll lauten: „Kollegen, die das 55. Lebensjahr erreicht haben und dazu 50 % erwerbsunfähig sind, sollen eine laufende Unterstützung von 200 M monatlich erhalten.“

#### Ruduckseier.

Dem Ruduck wird nachgesagt, ein schmarogender Geselle zu sein. Er rüht bekanntlich die Scharlosigkeit oder Dummheit seiner Wittdögel aus, indem er seine Eier in deren Nestler legt. Da dem Ruduck der Wille oder die Fähigkeit abgeht, seine Eier selber auszubrüten, so überläßt er dieses mühselige und langweilige Geschäft gütig den andern Vogelgattungen.

Wenn man sich in der Nummer 10 des „Grundstein“ die Anträge an den Verbandstag näher ansieht, dann gehört keinerlei Scharfzinn dazu, die Ruduckseier zu erkennen, die einer Anzahl Vereine ins Nest gelegt worden sind. Besonders bei den Anträgen zum § 2 der Satzungen, dann bei den Anträgen gegen die Schreibweise des „Grundstein“, den Anträgen zur Neutralität, den zur Erneuerung des Reichsstatutvertrages, zur Sozialisierung usw. kann der Wille mit dem Stolz die Tätigkeit des Ruducks fühlen. Wir nehmen dem Ruduck diese Tätigkeit nicht übel, er muß und kann nicht anders, aber für die Vereine, die sich von dem Ruduck aus der kommunikativen „Gewerkschaftszentrale“ in Berlin mißbrauchen lassen, haben wir tiefes Mitleid. Würde ihr Willkürgefühl Erfolg haben, dann würde sicher eine Nacht das Licht der Welt erblinden, wie sie sich so herrlich in Geheimnis und andern erlöschenden Nestern entwickelt hat.

Früher soll es in Nürnberg einen Erzieher gegeben haben, der den 10jährigen Zwerch hatte, den Armen im Geiste Erleuchtung einzutrichtern. Dieser Erzieher hat anscheinend jetzt sein Domizil in der Berliner kommunikativen Zentralfabrik aufgetan. Die Erziehertätigkeit macht sich besonders in dem Pfingstengemischel verschiedener Anträge zu § 2 bemerkbar. Als Antragsteller werden in halber Eintracht die Vereine Göttingen, Grafentonna, Halle, Schloßheim und Würzen genannt. Im zweiten Antrage zum § 2 heißt es dann Dortmund, Erfurt, Göttingen, Grafentonna, Halle, Hof, Schloßheim, Würzen. Im dritten Antrage dieser Vereine zu § 2 geht es dann wieder von Göttingen bis Würzen. Von dem einen oder andern dieser Vereine möchte man sagen: „Es tut mir tief im Herzen weh, daß ich Dich in der Gesellschaft seh!“ Jeder verständige Kollege erfieht aus der gleichen Fassung, daß diese Anträge auf ein eim Mist gewachsen sind, und zwar auf dem der kommunikativen „Gewerkschaftszentrale“ in Berlin. Sie sind daher von diesem „Geiste“ durchdrungen. Gemeinlichste Gesichtspunkte liegen ihnen fern, sie sind das Produkt, der in der dunstigen kommunikativen Parteiliche zusammengewürten „geistigen Gewerkschaftsarbeit“.

Ich verjage es mir, die völlige Unmöglichkeit dieser Anträge im einzelnen ausführlich zu beleuchten. Die Antragsteller wollen weder parteipolitische, noch religiöse Neutralität. Sie wollen den parteipolitischen und religiösen Kampf im Verband führen. Sie wollen keinen Reichsstatutvertrag, keine Sozialisierungstätigkeit des Verbandes. Sie wollen nicht, daß der „Grundstein“ die kommunikativen Berufsarbeit im Verbandsbezug bekämpft und sie bezeichnen die Tätigkeit des Verbandsvorstandes als verdrögerlich, weil er seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit tut, indem er sich bemüht, den Bestimmungen der Satzung und den Beschlüssen des Karlsruher Verbandstages Geltung zu verschaffen. Lächerlich im höchsten Grade wirkt es, wenn ein von allen guten Geistern verlassener Verein heute noch dem Verbandsvorstand das größte Mißtrauen ausspricht wegen dessen Maßnahmen während des Krieges. Daß alle unsere Verbandstage, die während und nach dem Kriege stattgefunden haben, die Maßnahmen des Vorstandes gutgeheißen haben, berührt die Ausbrüder der Ruduckseier in keiner Weise. Ein anderer Verein will dem „Grundstein“ einen Maulkorb vorbinden, damit er nicht für politische Zwecke gegen die Kommunisten schreiben kann. Wenn sogenannte Kommunisten unsern Verband tagtäglich beschimpfen, ihn und seine Funktionäre als „Gelb“ bezeichnen, dann soll der „Grundstein“ dies als eine von Gott gewollte Züchtigung hinnehmen und wenn möglich noch Ja und Amen dazu sagen. Würde er so verdrückt handeln, dann müßte vom kommenden Verbandstag ganz entschieden gefordert werden, daß an Stelle einer Anzahl Antragsteller die „Grundstein“-Redaktion auf Verbandsstellen auf ihren Geisteszustand untersucht würde.

Der „Grundstein“ führt seinen Abwehrkampf gegen die Kommunisten nicht aus politischen, sondern einzig und allein aus gewerkschaftlichen Gründen. Würde unser Verband und die Gewerkschaften von andern Parteilichungen auch nur zu einem Bruchteil nach kommunikativer Art durch den Schmutz gezogen, dann würde die Abwehr durch den „Grundstein“ sein Zota milder sein. Es sind daher nur „Illophale Methoden“, wenn es die Lege-

und die Ausbrüder der Ruduckseier, so hinzustellen, verjagen, als bekämpfe der „Grundstein“ die Kommunisten aus politischen Gründen. Wer dies behauptet, ist entweder ein Dummkopf oder ein Vagner.

In dem Antrage zur Neutralität wird es so hingestellt, als verlange die Karlsruher Resolution politische Neutralität von den Mitgliedern. Ein beachtliches hat jedoch weder der Urheber dieser Resolution noch der Verbandstag gedacht. Die Resolution verbietet selbstverständlich nicht die politische Betätigung, sie will vielmehr die Parteipolitik vom Verbands fernhalten. Sie will nicht, daß unser Verband zum Kampf und zum Meeting irgendeiner politischen Partei wird. Sie will nicht, daß die Tätigkeit des Verbandes und seiner einzelnen Mitglieder nach parteipolitischen Gesichtspunkten vor sich geht und beurteilt wird. Sie will nicht, daß unser Verband irgendeiner politischen Partei zuliebe seine Selbstständigkeit verliert und das heillosige Anhängsel einer solchen wird.

Die Lege der Ruduckseier in Berlin wollen dagegen unsern Verband bemüht zu einem unvollständigen Anhängel der kommunikativen Diktator-Internationale machen. Die Verwirklichung dieses Vorhabens würde tödlicher das Auseinanderfallen des Verbandes zur Folge haben. Dies kann nur verhindert werden, wenn der Verband parteipolitisch und auch religiös neutral ist. Wie schon gesagt die Lege der Ruduckseier können nicht anders, und auf die Ausbrüder dieser Eier paßt in der Regel das Wort aus der Bibel: „Herr vergib ihnen, denn sie wissen nicht was sie tun.“ Würde ein Aneignender sich dazu verleiten lassen, den geistigen Stand unserer Mitglieder und des Verbandes auf Grund einer Anzahl Anträge zum Verbandstag zu beurteilen, dann würde das Urteil gewiß tief erschauern ausfallen. Es kann uns deshalb ein Trost, wenn auch nur ein schwacher sein, wenn nur verhältnismäßig wenig Vereine diese unsinnigen Anträge auf dem Geistes haben und es auch in diesen Vereinen nur ein Bruchteil der Mitglieder. Denn in Vereinen, wo solche Ruduckseier ausbrüht werden, ist der Mehrzahl der Mitglieder der Verbandsbesuch schon längst vererbt worden. Anders kann es erst werden, wenn sich die abweisenden Mitglieder dieser Vereine ihrer Pflicht bemüht werden und sich mit aller Kraft jeder verbandsgefährdenden Tätigkeit widersetzen, die der Bauarbeiterfrage aus parteipolitischen Gründen schweren Schaden verursacht. Durch keine Beschimpfungen dürfen sich unsere Kollegen, die auf dem Boden der Verbandssatzungen und der Verbandsschritte stehen, in der Abwehr solchen Treibens behindern lassen. Für sie und für den Verband gelten die Worte: „Wenn Dich die Kästerzunge sticht, dann laß es Dir zum Troste sagen, die schlechtesten Früchte sind es nicht, woran die Wespen nageln!“

G. F.

### Bezirkstag in Karlsruhe.

Nichtigstellung. Nicht Kollege Fischer schloß die Konferenz, sondern Kollege Krug. Kollege Fischer mußte der Konferenz wegen Erkrankung leider fernbleiben.

### Arbeitsmarkt.

Den Baugeschäften zur Beachtung. Wer durch Anzeige unter dieser Rubrik Bauarbeiten anwerben will, lasse die Anzeige durch die Hände unserer örtlichen Vereinsetzung gehen. Anzeigen werden nur mit deren Zustimmung und dann unentgeltlich aufgenommen.

Der Maurermeister August Brandt in Müffen, Verein Schwarzenfeld, stellt noch 10 bis 12 Maurer ein auf der Baustelle Hof Büchen. Stundenlohn 18,70 M. Meldungen beim Polier auf der Baustelle.

In Schwerin i. M. stellt die Firma Guft. M. c. l. e. b. u. r. g. Erben noch 8 bis 10 Maurer ein auf längerer Beschäftigung. Vorherige Meldung im Vereinsbureau.

In Frankenberg i. S. können 20 Maurer Arbeit finden. Stundenlohn 15,35 M. Meldungen beim Vereinsvorsitzenden Max Pexold, Reichstr. 29.

Die Bauhütte, Soziale Baugesellschaft, in Dortmund, Dudenstr. 2, sucht für einen Schmelzbau in Welper bei Blankenstein a. d. Ruhr sofort 30 bis 40 Maurer. Unterkunft vorhanden. Meldungen beim Bauführer Kranz.

In Neustadt i. Westfalen können noch 50 Maurer in Arbeit treten. Als Lohn werden 2 M. pro Stunde über den Tariflohn gezahlt. Zu melden beim Vereinsvorsitzenden, Parochiemerstraße 6.

In Lausitz bei Leipzig will der Baumeister Kiefling noch etwa 10 Maurer einstellen.

In Mörs, Bezirk Düsseldorf, können noch etwa 100 Maurer Arbeit haben. Stundenlohn zurzeit 19,75 M. Für Unterkunft wird gesorgt. Meldungen auf dem Vereinsbureau, Aktienstr. 430.

### Berichte.

#### Louis Edstein tot.

Aus Zwickau wird uns die Krauernachricht, daß einer der ältesten, vielleicht der älteste Kämpfer der deutschen Bauarbeiterbewegung, insbesondere der Maurerbewegung, aus dem Leben geschieden ist. Louis Edstein ist dort im Alter von 87 Jahren an einem Schlaganfall gestorben. Gleichzeitlich mit ihm starb seine brave Gattin im Alter von 71 Jahren infolge eines Anfalls an Gasvergiftung.

Der Kollege Edstein war einer der Pioniere der deutschen Bauerschaft. Wer wissen will, was dieser Mann einst unter seinen Kollegen für eine hervorragende Bedeutung hatte, der lese die alten Schriften aus der Fachvereinszeit und aus der Zeit der Gründung des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Er gehörte zu den unermüdlichen Agitatoren für den Zentralverband. Er reiste im Lande



umher, mit Anhänger für die große Sache zu werben. ...

So ist nun dieses treue, mutige Herz still geworden. ...

Bezirk Köln. Das Bezirkslohnamt für die Rheinproving hat am 22. März in Köln unter dem Vorsitz des Herrn Justizrates Sauer für das Hoch-, Beton- und Tiefbauwesen einen Schiedsspruch gefällt, wonach der Lohn in allen Bezirken, wo er bisher 16 M oder 16,80 M betrug, auf 20 M für die Bauarbeiter und auf 19 M für die Hilfsarbeiter erhöht wurde. ...

Die Lohnerhöhung tritt mit der laufenden Wohnperiode, jedoch nicht vor dem 16. März, in Kraft. ...

Im bergischen Schutzverband für das Baugewerbe wurde eine Lohnerhöhung vereinbart, die vom 9. Februar an für Maurer und Hilfsarbeiter 2,90 M beträgt.

Köln. Der in der Jahresgeneralversammlung vom Kollegen Jäger erstattete Jahresbericht ergab ein Anwachsen des Mitgliederbestandes auf über 10.000. ...

Leipzig. (Za hes Bericht.) Dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht ist zu entnehmen, daß sich die Bautätigkeit gegenüber dem Vorjahre bedeutend gehoben hat. ...

Erwerbslosenfürsorge, als Beihilfen unter der Bedingung, Arbeitslose einzustellen. Die Hausbesitzer erhielten je Tag und Arbeiter 32 M, was für ein ganz schönes Gehalt ...

Mit Beginn des zweiten Halbjahres war die Beschäftigungsmöglichkeit günstiger geworden. Ingesamt haben sich aus allen Gruppen 14.339 Bauarbeiter ...

Der Stundenlohn stieg für Maurer von 6,70 M bis zum Jahresabschluss auf 13 M und beträgt vom 16. Februar an 15,50 M, der Bauhilfsarbeiterlohn stieg von 6,45 M auf 12,55 M und beträgt vom 16. Februar an 15,05 M. ...

Feuerungs- und Schornsteinmurer.

Stettin. In der Lohnfrage erklärte unsere Sektionsversammlung vom 5. März das Beschäftigtenmangel, wonach unser Grundlohn gützlich berechnet wird, in Rücksicht auf unsere gefährliche Arbeit, als schon längst nicht mehr ausreichend. ...

Gipser und Stuckateure.

Franz Schäfer †

In Leipzig ist am 18. Februar Franz Schäfer, einer der Mitbegründer der Stuckateurorganisation, nach kurzem Krankenlager gestorben. Der Verstorbene ist am 11. März 1853 in Weismar (Gießfeld) geboren, also 69 Jahre alt geworden. ...

Dritte Reichskonferenz.

Am 19. und 20. März tagte im Gemerchshaus zu Cassel die vom Verbandsvorstand, dem § 17 der Satzung entsprechend, einberufene Reichskonferenz der in unserem Verband organisierten Stuckateure, Gipser und Kuber. ...

Die Tagung begann am Sonntag, 19. März, pünktlich um 9 Uhr. Als Tagesordnung hatte sie: 1. Die derzeitigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 2. Ist für die Stuckgruppe ein Reichstarifvertrag durchführbar? 3. Stellungnahme zum Verbandstage. 4. Verschiedenes. ...

gegenseitige Unterstützung gewährt werden. Die Wahl ist aber anders ausgefallen. Der Bewerber der Sektion Dresden unterlag bei der Wahl dem Bewerber der Sektion Plauen. Dresden ging also leer aus, und Leipzig und Plauen entsandten je einen Abgeordneten. Kollege Gutjahr, Leipzig, stellte eine Schuld der Leipziger Sektion an dem Wahlaustritt in Wrede. Die Dresdner hätten dem Einspruch keine Folge, weil eine Wahlbeeinträchtigung und keine Vereinbarung zwischen Sektionsleitungen kann den Mitgliedern auferlegen, wen sie wählen sollen.

Dann begrüßte Kollege Junghaus, der Vorsitzende des Vereines Gassel, die Vertreter mit herzlichen Worten, darauf bemerkend, daß die Bauarbeiter in Gassel schon seit 1888 eine Organisation haben, daß die Kugel von Anfang an daran beteiligt waren; ebenso, wenn auch einige Jahre später, die Stukkateure. Er wünschte der Konferenz eine rege Teilnahme, zum Besten der Stukkateure, Putzer und Gipser ebenso, wie zum Besten der gesamten Bauarbeiterbewegung. Die Leitung der Konferenz ergielten die Kollegen Odenthal und Scheel, Berlin, als Vorsitzende, und Jäger, Köln, als Schriftführer übertragen. Die Niederschrift der Verhandlungen übernahm Frieberg; Ausweise und Mitgliedsbücher prüften die Kollegen Arnold, Stuttgart, und Kaster, Düsseldorf. Den ersten Punkt der Tagesordnung:

**Die derzeitigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse**

leitete Kollege Odenthal ein, indem er in kurzen Zügen die Entwicklung der Verhältnisse im Baugewerbe schilderte. Freier sei die Beschäftigung aus den Sektionen nicht zu ersehen. Nur einzelne Bezirke senden freiwillig und laufend Berichte. Um so notwendiger ist es, daß die Aussprache ein Bild der gegenwärtigen Verhältnisse ergibt. Mit dem Mißgange einer selbständigen Unternehmensorganisation des Baugewerbes namentlich in Westpreußen und in Süddeutschland ist die zentrale Vertragsregulierung mehr und mehr zurückgegangen. Der Mißgange der eigentlichen Studienarbeit hat ebenfalls dazu beigetragen. Die Vereinfachung der Arbeiten veranlaßte viele Stukkateure, mehr zu Putzarbeiten überzugehen. Das erfordert eine engere Zusammenfassung der Putzer und Stukkateure in einheitlichen Sektionen, damit sie gemeinsam ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen festlegen können. Diese Vereinfachung geht auch in solchen Gegenden vor sich, wo die Putzarbeiter bisher überwiegend oder ausschließlich von Maurern ausgeführt wurden. Die Unternehmer sehen einer besonderen tariflichen Befandlung der Putzerarbeiten natürlich Widerstand entgegen, der aber zum Schutze unserer Lebenshaltung überwinden werden muß. Die Frage nach der Möglichkeit eines einheitlichen, für alle Arbeitsgebiete geltenden Tarifvertrages hängt mit dieser Entwicklung eng zusammen. Nach einer von Odenthal vorgebrachten Uebersicht über die Löhne aus einigen größeren Orten stehen die Stundenlöhne etwa zwischen 11,60 und 20 M. Das Mittel dürfte zwischen 16 und 17 M. liegen. In einer Sektion, in Wiesbaden, sind sie um 1,10 M. geringer als die Maurerlöhne, in 3 Sektionen, Düsseldorf, Elberfeld und Würzburg, erhalten Maurer und Stukkateure die gleichen Löhne, und in den übrigen Orten sind die Stukkateurlöhne um 10 % bis 4,45 M. höher. Dies ist jedoch ein Ausnahmefall. Häufiger sind Unterschiede von 10 %, namentlich in Süddeutschland; ferner von 20 %, 60 %, 1 M. bis 1,50 M., 2 M. bis 2,75 M. u. s. w. Als Mittel darf ein Unterschied von etwa 30 bis 60 % angenommen werden.

Es ergibt sich daraus, daß unsere Löhne in ihrer Entwicklung gegenüber den Maurerlöhnen verhältnismäßig stark zurückgeblieben sind. Nehmen wir an, daß die Stukkateure vor der Kriegszeit durchschnittlich nur 10 % über den Maurerlöhnen erhielten, so müßte ihr Lohn heute mindestens um 2 M. höher sein. Die Löhne der Hilfsarbeiter waren während der Kriegszeit in einem geringen Maße hinter den Maurerlöhnen zu halten, weil die Industrie damals großen Bedarf an ungelerten Arbeitern hatte. Da sich das Angebot von Hilfsarbeitern vergrößert hat, verlangen die Unternehmer, daß der Abstand zwischen den Löhnen der beiden Gruppen auf 15 % S. der Maurerlöhne erweitert werde. Der Verband wird diesen Bestrebungen scharfen Widerstand entgegenzusetzen. Umgekehrt aber müßte der Lohn der Stukkateure und Putzer mindestens um 15 % S. über dem Maurerlohn stehen. Die Schornsteinmaurer erhalten wegen ihrer gefährlichen Arbeit 25 % S. mehr als die Maurer, die Feuerungsmaurer 10 % S. die Isolierer fordern das gleiche. Die Stukkateure haben größere Aufwendungen an Werkzeug und Arbeitskleidung zu machen; auch ihre Arbeit ist sehr gefährlich, besonders bei der Fassadenarbeit, dazu leiden sie von allen Bauarbeitern am meisten unter Arbeitslosigkeit. Das berechtigt zu einer entsprechenden Erhöhung ihrer Löhne über die Maurerlöhne. Kollege Odenthal ermahnte nochmals zu punktierten und schärfer Berichtstattung über die Lohnsituationen. Das kommt unsern Lohnbewegungen zugute. Gegen einen Standpunkt, wonach der Lohn der Maurer für alle Bezirke maßgebend sein soll, ist unter allen Umständen Front zu machen. Wohl sind die Maurer der Mutterberuf und auch ein Mutterberuf, ihre Löhne können grundlegend sein. Aber unter keinen Umständen darf den Sonderberufen die Möglichkeit beschränkt werden, ihre Löhne nach ihren eigenen Verhältnissen zu regeln. In einigen Orten, namentlich um Ansfrieder als Ränder Putzarbeiter verzichten, erhalten unsere Kollegen nur die Malerlöhne und damit geringere Löhne als die baugewerblichen Hilfsarbeiter. Hier müssen die Kollegen nachdrücklich für die Verbesserung ihrer Verhältnisse wirken. Die Aussprache eröffnete

Kleiner, Stuttgart: Wenn unsere Kollegen im Deutschen Bauarbeiterverband nicht immer zu ihrem Rechte gekommen seien, so liegt das sehr oft an ihrer mangelnden Mäandigkeit. Der Landesratvertrag für Württemberg bringt den Kollegen in den kleineren Orten die Vorteile einer leichteren Lohnentwicklung, in den großen Orten werden unsere Kollegen dadurch manchmal gemindert. Die Vereinfachung der Arbeiten trägt hierzu ebenfalls bei. Die Entlohnung der Stukkateure und Gipser ist viel zu gering, sie muß zwischen 2 und 3 M. über dem Maurerlohn stehen. Die Löhne der Lehrlinge betragen im Baugewerbe in den 3 Lehrlingsjahren 33, 45 und 60 v. S. des Gesellenlohnes, im Baugewerbe 20, 35 und 50 v. S. Die Arbeitszeit wird von unsern Kollegen,

wie auch in allgemeinen Baugewerbe, nicht immer eingehalten, und es ist sogar fraglich, ob immer die tariflichen Zuschläge bezahlt werden. Die Vertretung auf den Baustellen muß ebenfalls noch besser werden. Affordarbeit ist im baugewerblichen Baugewerbe wie im Baugewerbe verpönt, obwohl der Landesverband sie wiederholt verlangt. Sie würde dazu beitragen, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Wir dürfen nicht hinarzurißreden, für die Herstellung der für die Sonderberufe nötigen höheren Löhne zu kämpfen. Verbandsvorstand und Bezirksleitungen sollten in solchen Fällen etwas mehr Bewegungsfreiheit gestatten. Auch

Mangold, Mannheim, wünscht, daß die Stukkateure sich rühen, damit sie ihre Löhne entsprechend erhöhen können. Es gibt im Verbandskollegen, die den einzelnen Bezirken ein Anrecht auf höhere als die Maurerlöhne nicht zugestehen. Sowie die Verhältnisse eine große Spanne zwischen Maurer- und Hilfsarbeiterlöhnen mit sich bringen können, so darf man auch nicht verhindern, die Löhne der Sonderberufe den Anforderungen entsprechend zu erhöhen. Die Berichtstattung wird sich hoffentlich mit der Errichtung des Baugewerksbundes verbessern. Dadurch wird auch eine bessere Verteilung arbeitsloser Arbeitskräfte auf die Orte, wo man ihrer bedarf, ermöglicht. Die Entlohnung für Arbeiter außerhalb des Wohnortes bedarf ebenfalls großer Aufmerksamkeit. Die Lehrlinge erhalten Stundentlöhne, und zwar in den 3 Lehrlingsjahren 4,35, 5,80 und 7,30 M.

Kolter, Essen, berichtete, daß in letzter Zeit wieder mit dem Studiergenossenschaft für Rheinland-Westfalen verhandelt worden sei. Wir sind bemüht, die Putzer in den Tarifvertrag einzubeziehen. Die Affordlöhne betragen etwa das Zwösfache der Friedenspreise. Die Stukkateurlöhne sind durchweg 65 % höher als die Maurerlöhne, die Putzerlöhne um 20 %. Im November hat eine Konferenz der Sektion des Bezirks beschlossen, die Löhne um mindestens 2 M. über den Maurerlohn zu erhöhen. Die Sektionen Bochum und Dortmund sind 1921 aus dem Bezirksarbeitsvertrag ausgeschieden, um in der Erhöhung ihrer Löhne ungehindert zu sein. Da die große Mehrzahl der Kollegen auf den Bezirksarbeitsvertrag angewiesen ist, so dient es nicht dem Vorteile des Ganzen, wenn einzelne Orte, mit augenblicklich besseren Verhältnissen aus dem Tarifvertrag auscheiden. Die Lehrlinge erhalten 25, 35 und 60 v. S. der Gesellenlöhne.

Gabel, Breslau: Auch in Breslau sind die Löhne trotz ihrer Erhöhungen stark entwertet worden. Trotzdem müßten die Unternehmer unsere Löhne verringern, da ihnen der Aufschlag auf den Maurerlohn zu hoch ist. Die Mehraufwendungen der Stukkateure machen aber einen entsprechenden Aufschlag unbedingt nötig. In Schlesien gibt es eigentlich nur in Breslau und Ratibowitz Stukkateure. Diese führen die Studierarbeiten in ganz Schlesien aus. Und da diese Arbeiten meistens für die neuen Weiden ausgeführt werden, die unsere höheren Löhne gut bezahlen können, so ist es nur billig, den Stukkateuren entsprechend höhere Löhne zu gewähren. Die Auslösung bedarf dabei größter Aufmerksamkeit. In Ratibowitz leiden unsere Kollegen noch besonders unter den politischen Wirren. Mit den Putzern arbeiten unsere Kollegen in Breslau gut zusammen, indem sie sich gegenseitig über die Lohnfestsetzungen verständigen. Die Bauunternehmer freilich betrachten diese Arbeiten als Maurerarbeiten. Es bedarf nur des nötigen Widerstandes der Maurer, indem sie Putzarbeiten ablehnen, wenn ihnen die dafür gemeinsam von den Putzern und Stukkateuren festgesetzten Löhne nicht gewährt werden. Unorganisierte Kollegen gibt es in Breslau nicht, und so werden wir etwaigen Vertretungsorganisationsfragen der Unternehmer, die gehören dem Arbeitgeberverband an, den erforderlichen Widerstand entgegenzusetzen wissen. Wie wir es auch abgesehen haben, unsere Löhne mit dem Arbeitgeberverband in dem allgemeinen Vertrag für das Baugewerbe zu regeln.

Op de Spij, Erefeld: In dem mit dem Studentennachmetzen abgeschlossenen Vertrag war der Lohn 10 % höher als der Maurerlohn. Die Stukkateure und Putzerlöhne standen gleich. Nach dem Kriege war die Mautigkeit scharf, und da kamen die Löhne mit denen der Maurer gleich. Es ist der Sektion noch nicht gelungen, wieder darüber hinauszuwachen. Es wird aber dahingestreb. Vor allem fordern wir eine Werkzeugszulage von 1 M. für die Stunde, die von dem sozialen Baubetrieb „Grundstein“ schon bezahlt wird. In anderen Fällen erhalten unsere Kollegen noch höhere Zuschläge. Es kommen Löhne von 21 bis 23 M. vor. Auch suchen unsere Kollegen den Schaden durch Affordarbeit wegzumachen. Als Lohn fordern sie 22 M. Einer Unterabteilung zwischen den Löhnen der Putzer und Stukkateure werden sie sich widersetzen.

Popp, Hamburg: In Hamburg haben unsere Kollegen schwer unter den Nachkriegsverhältnissen gelitten. Eigentliche Putzer kennen wir in Hamburg nicht. Die Maurer betreiben diese Arbeiten als Maurerarbeit. Die Stukkateure hatten vor dem Kriege 15 % mehr Lohn als die Maurer, nach dem Kriege 10 %. Es ist unsern Kollegen gleich, wer die Arbeiten ausführt, wenn nur die festgesetzten Löhne gefordert werden. Im Sommer 1921 haben wir unsern Streit aufgehoben, weil die Bauunternehmer dies zur Bedingung einer allgemeinen Lohnregulierung machten. In Hamburg ist schon früher im Afford gearbeitet worden, und so haben uns die Vertiefung gezwungen, die Affordarbeit nach dem in der ersten Nachkriegszeit beschlossenen Verbot wieder anzuführen, wollten wir nicht in einer wilden, unregelmäßigen Affordarbeit in die Fußstapfen treten. Nach dem Kriege haben wir uns für die Ausschließung von Gipserarbeiten höhere Löhne als für Maurerarbeiten fordern sollen. In einem der Zielungsgebäude in Berne wollten sie sogar dagegen streiten, daß die Stukkateure die Wandputzarbeiten ausführen, obwohl sie doch höhere Löhne erhalten. Die Hamburger Studentennachmetzen gehören dem Baugewerksverband an. Dieser hat unsern Forderungen starken Widerstand entgegen und es fragt sich, ob wir überhaupt wieder einen Vertrag abschließen, wenn der Baugewerksverband sich wieder davonziehen sollte.

Scheel, Berlin, hätte gewünscht, daß den Vertretern das borgelegte Material schon früher zugeföhrt worden wäre. In Berlin sind die Arbeiter mit den Stukkateuren zu einer Sektion bereit, damit bei Lohnbewegungen Schwierigkeiten vermieden werden. Auch die vollkommene Ausschließung der Lehrlinge erfordert dies. Die Arbeitgeber schließen freilich vor, sie seien bereit, den Facharbeitern höhere Löhne zu gewähren, wenn dies nicht gleichzeitig auch für die anderen, ungelerten Bezirke gefordert würde. Damit soll natürlich nur die Einheit der Organisation gefördert werden, und wir lassen uns auch gar nicht daran befinden, für die Berufsangehörigen die gleichen

Löhne zu fordern. Die Affordarbeit ist in Berlin nach wie vor verboten. Dadurch schüben wir unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Der die Affordarbeit verbietende Beschluß der vorigen Konferenz hätte mehr durchgeführt werden müssen. Es ist nicht richtig, zu sagen, die Erhöhung der Löhne habe eine Steigerung der Preise verursacht; denn die Löhne stehen immer hinter den Preisen zurück. Die Preise steigen ständig vor den Lohnpreisen. Die Verkäufer der kommenden Winterperiode können hierfür als Beispiel gelten. Die Unternehmer möchten unsere Arbeitsbedingungen den Hochbauarbeiten unterstellen und uns damit aus den Facharbeitsnachweis nehmen. Dagegen werden wir auf dem Posten sein. Im Januar sollte ein Schiedspruch den Lohn für Träger um 1 M. unter dem Lohn der Spanner fest. Diesen Schiedspruch nahmen wir nur an, weil davon der Beschluß des allgemeinen Streiks im Baugewerbe abhing. Diese Spanne ist aber den Unternehmern noch nicht einmal groß genug. Wir werden mit allen Kräften bemüht sein, diese Unterliege zu beiseitigen; denn der Hilfsarbeiter bedarf für seine Lebenshaltung ebenso wie der Facharbeiter. Auch wir haben uns der Regelung der Lehrlingslöhne angenommen. In Berlin betragen sie nach dem Schiedspruch vom 1. März an 100 M., 160 M. und 225 M. wöchentlich. Die Handwerkskammer ergab gegen die Berufsbildungserklärung Einspruch, obwohl einer solchen Regelung nach einem Bescheid des Reichsarbeitsministers nichts im Wege steht, und obgleich die Einspruchsfrist schon verstrichen war. Im Ministerium stellte man sich dann auf den Standpunkt, daß Einsprüche bis zur Verbindlichkeitsklärung zu berücksichtigen seien. Die Affordarbeit sehen die Berliner Kollegen als schädigend an. Der Mehrentlohn der Sonderberufe über den Maurerlohn stimmt Redner aus den schon von anderen Rednern angeführten Gründen zu.

Odenthal: Im Baugewerbe bestehen Unterschiede selbst zwischen den Hilfsarbeiterlöhnen; denn Träger erhalten oft den gleichen Lohn wie die Maurer. Auch die Träger der Berliner Spanner sollten den gleichen Lohn erhalten wie die Spanner, man soll nur darauf dringen. Der Verband fordert, daß die Lehrlingslöhne in den Tarifverträgen mitgegriffen werden. Es wird überhaupt nur ein Vertrag abgeschlossen, der dies mitgreift. Die von den Unternehmern dagegen eingewandten Sperrnisse werden selbst von dem Reichsarbeitsminister verneint. Streiks dürfen nur mit Zustimmung der Verbandsleitung eröffnet werden. Es ist unmöglich, hierüber einzelne Bezirke selbst entscheiden zu lassen.

Jäger, Köln, betont die Notwendigkeit, daß die Löhne der Putzer und Stukkateure gemeinsam und einheitlich geregelt werden. Zu diesem Zweck müssen einheitliche Sektionen errichtet und möglichst ausgebaut werden. Es ist für die Stukkateure ein Nachteil, wenn für diese beiden Berufe verschiedene Löhne bestehen; denn der höher entlohnte Berufsteil würde durch Arbeitslosigkeit recht oft mehr an Lohn einbüßen, als der höhere Lohn jemals einbringen kann. Der Affordarbeit wird niemand von uns grundständig das Wort erteilt. Die gegenwärtigen Verhältnisse sind aber leider geeignet, die Affordarbeit zu mehren. Ein verbindlicher Beschluß wäre deshalb nicht tafam, weil er die Gefahr der wilden Affordarbeit hervorruft.

Gutjahr, Leipzig, spricht besonders gegen die Ansicht mancher Maurer, daß nur die Einspruch auf gewisse Arbeiten haben. Es muß ganz gleich sein, wer irgendwelche Arbeiten ausführt, jedoch muß jeder Ausführende die bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen einhalten und für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Berufsgruppe mitwirken. Als die Studierarbeiten immer mehr zurückgingen, haben die Stukkateure häufiger Maßarbeiten machen müssen, und das hat allmählich unser Verhältnis zu den Putzern verbessert. Die Maßarbeiten Leipzigs haben seit 1907 die achtsündige Arbeitszeit. In einer Konferenz der Sektionsleitungen Sachsisen ist vereinbart worden, Arbeitsbedingungen, Lohnbewegungen u. s. w. in gemeinsamem Einvernehmen durchzuführen. Die Durchführbarkeit dieser Vereinbarung liegt in den Händen des Kollegen Gutjahr. Die Löhne erhöhen sich selbstständig mit den Löhnen der Maurer. Affordarbeit ist verboten worden, solange arbeitslose Kollegen am Orte vorhanden waren. Im mittelbairischen Industriegebiet Werberg-Weitzfeld u. s. w. ist vorgelommen, daß einige Kollegen Arbeiten in Afford übernehmen, die mitarbeitenden Kollegen in Lohn arbeiten ließen, selbst aber den Leberführer eintrachten. Auch Arbeitsentlohnung hat es gegeben. Eine besondere Werkzeugszulage ist bisher nur bei Maßarbeiten üblich, bei den Stukkateuren muß diese nach dem Bescheid geregelt werden, ebenso die Fabrikbenutzungsabgabe. Die Unternehmer haben sich dem Unternehmerverband angeschlossen, wir behandeln jedoch nur mit dem Studentennachmetzen im Beisein ihres Spinitus. Kommen die Unternehmer unsern Forderungen nicht nach, so entziehen wir ihnen die Arbeitskräfte. Der Lehrlingsentlohnung haben wir uns erfolgreich angenommen.

Kaster, Düsseldorf: Die Affordarbeit ist nicht nur bei uns, sondern auch bei den großen Bezirken eingetiffen. In Düsseldorf halten die Stukkateure früher immer höhere Löhne als die Maurer, doch ist dieser Vorprung bei den allgemeinen Lohnverhandlungen immer mehr zurückgegangen. Es ist bedauerlich, daß der lange umkämpfte Achtstundentag nicht von allen Kollegen eingehalten wird. Die Kränkung der Arbeitsverhältnisse mehr als die Affordarbeit. Die Studentennachmetzen suchen sich von Verhandlungen dadurch zu drücken, daß sie vorgeben, dem Arbeitgeberverband anzugehören, und daß mit diesem verhandelt werden soll. Die Meinung des Redners unsere Kollegen sollten von den sozialen Baubetrieben Lohnbewegungen fordern, die bei den Unternehmern noch nicht durchgeführt können, findet in der Versammlung heftigen Widerstand.

Kaa, Wiesbaden, schildert die schwierigen Verhältnisse, die in jenen Bezirke noch immer durch die billigeren Arbeit bei im Mutterverband organisierten Ränder und Weitzfelder verursacht sind. Das ist allein der Grund dafür, daß die Löhne der Stukkateure nur langsam vorwärts kommen. In Wiesbaden ist der Lohn der Stukkateure aus diesen Gründen sogar bedeutend geringer als der Lohn der baugewerblichen Hilfsarbeiter.

Koch, Pforzheim, berichtet, daß nach dem Kriege unter unsern Kollegen vielfach Inanspruchnahme entstanden ist, weil ihnen die Bewegungsfreiheit in der Verbesserung des Lohnverhältnisses manchenmal eingewogen wurde. Die Konferenz sollte Maßnahmen für das Verhältnis der Sektionen in den Bezirken festsetzen, die ihnen die nötige Bewegungsfreiheit sichern für



die Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse. Die Sektionsverfammlungen müssen berechtigt sein, zu beschließen, was sie für die Berufsangehörigen zu tun für nötig halten, nicht die Vereinsmitgliedsverfammlungen.

München, weist auf die Schwierigkeiten hin, die einer gemeinsamen Regelung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Stukkateure entgegenstehen. Größtenteils sind die Arbeiter in allgemeinen Hochbauarbeitervertrag mit geregelt. Wir arbeiten aber daran, nach und nach zu einer gemeinsamen Regelung zu kommen. Eine höhere Entlohnung der Sonderberufe entspricht ihren besonderen Verhältnissen. Selbstständig müssen sie daran mitwirken, daß die Löhne der Hilfsarbeiter und der sonstigen Berufe nachkommen. Wir müssen wie früher auch Pionier sein. Die Affordarbeit ist gewiß zu vermeiden. Man muß aber den Sektoren das Recht geben, sie wieder zu gestalten, um schrittweises zu verhindern. Die Arbeiterbewegung hat manchmal zur Mithaltung des Kostentages geführt, bis zu 40 % haben die Unternehmer für die Lieberstunden geboten; diesen Anreiz für manche Kollegen erlegen. Mit der Orts- und mit der Bezirksleitung befindet sich unsere Sektionsleitung in voller Übereinstimmung, daß diese Mithaltung befristet und bessere Verhältnisse herbeiführen werden müssen. Die Unternehmer gehören dem Arbeitgeberbund für Südbayern an, und wir werden uns nicht scheuen, den Kampf mit ihnen aufzunehmen, wenn sie es darauf ankommen lassen sollten. Vor allem werden wir uns die vierundzwanzigstündige Arbeitszeit nicht nehmen lassen.

Mittlerweile war es 2 Uhr geworden. Als die Mandatsprüfer durch Kollegen Kaiser ihren schon eingangs erwähnten Bericht gegeben hatten und Odenthal mitgeteilt hatte, daß durch eine unter den Konferenzteilnehmern im Laufe des Vormittags für den seit 1911 organisierten und schon über 13 Wochen franken Kollegen Beine in Cassel veranstaltete Sammlung 240 M. zusammengekommen waren, die bei dadurch erzielte Kollege mit Dank entgegengenommen hatte, vertagte sich die Konferenz bis Montag morgen, um nachmittags einen Ausflug nach Wilhelmshöhe zu unternehmen.

Zu der am Montag, 20. März, morgens, fortgesetzten Aussprache berichtete Scherbach, Nürnberg, daß der Tarifvertrag von 1913 bis 1919 auf dem allgemeinen Tarifvertrag aufgebaut war. Ein im Jahre 1920 unternommener Versuch, für Nordbayern einen Vertrag für das Stud- und Arbeitergewerbe abzuschließen, führte zwar zu einer Verständigung mit den Studunternehmern, doch widersetzte sich der Arbeitgeberbund durch seinen Syndikus dem Vertragsabschluss, obwohl die Lohnspanne gegenüber den Maurerlöhnen nur 10 % betrug. Der Vertrag ist trotzdem 2 Jahre in Kraft gewesen. Im November erklärten die Unternehmer jedoch, fortan nur den Maurerlohn zahlen zu wollen; nur dafür nicht arbeiten wollen, könne sich anderweitig Arbeit suchen. Vor dem Gewergericht ist es darauf mit Wütze zu einer Verständigung gekommen, wonach die Mehrlohnzahlung von 10 % noch beibehalten bleiben soll. Die gute Bauläufigkeit ausnützend, waren wir bemüht, die Löhne weiter zu erhöhen. Eine Reihe von Kollegen, die zum Teil lange Zeit bei ihren Unternehmern beschäftigt waren, fanden bei der Waußlitz Arbeit; dadurch war es möglich, die Spanne auf 30 % zu erhöhen. Weitere Bemühungen um eine Werksaugulage haben dann zu einer weiteren Erhöhung um 10 % geführt. Mit dem Ablauf der Verträge wird erneut verhandelt werden, zu einem selbständigen Vertrag mit entprechender Lohnsteigerung zu kommen. Die Studunternehmer sind aus dem Arbeitgeberverband wieder ausgestiegen. Wir geben darin aber nur ein Scheinmandat, das dem Arbeitgeberverband die Zahlung des Mehrlohnes schmachthafter machen soll. Die Bauläufigkeit bietet gute Aussichten. Unsere Kollegen seien den kommenden Kämpfen gerüstet entgegen. Die Ferien sind wie im allgemeinen Baugewerbe durchgeführt worden. Die Leistungsliste betragen 90, 140 und 200 M. wöchentlich.

Serke, Dortmund, schilderte die Mithingigkeiten, die zwischen den Sektoren Dortmund und Bochum mit der Vereins- oder Bezirksleitung entstanden waren, als der Bezirksarbeitsvertrag für das rheinisch-westfälische Industriegebiet geschlossen wurde. Die Sektoren hatten einen Tarifvertrag, der bessere Arbeitsbedingungen enthielt als der Bezirksarbeitsvertrag. Es sahen sich durch eine Bestimmung des Vertrages geschädigt, wonach die besseren Löhne der beiden Sektoren nach und nach den Löhnen der übrigen Orte angepasst werden sollten. Leider fehlt auch jetzt noch die Eintracht; denn die Bezirksleitung hat noch nicht einmal die Tarifkommission des Bezirksarbeits zusammengerufen, obwohl der Tarifablauf vor der Tür steht. Der Dortmunder Ortsvertrag enthält eine mustergültige Ordnung der Affordarbeit. Dadurch vermeiden wir die wilde, unübersichtliche Affordarbeit. In der grundsätzlichen Beurteilung der Affordarbeit stimmen wir mit allen übrigen Bauarbeitern überein. Die gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnisse zwingen uns aber, die Affordarbeit zu regeln. Das Verbot bringt nur Schaden.

Meister, Frankfurt: Unser Vertrag ist nicht mit den Studunternehmern, sondern mit der Bezirksorganisation des Arbeitgeberbundes abgeschlossen worden. Die Arbeiter waren schon vor unserer Verschmelzung mit dem DVB. bei uns organisiert. Wir arbeiten auch jetzt noch in besten Einvernehmen mit ihnen. Die Spanne zwischen den Löhnen der Hilfs- und Facharbeiter ist möglich eng zu halten, so schwierig das bei dem großen Angebot ungleicher Arbeiter sein mag. Affordarbeit ist im Baugewerbe nicht üblich. Kaiser, Cassel: In Cassel hat sich die Verschmelzung der Arbeiter und Stukkateure zu einer Sektion sehr gut bewährt. Die Löhne sind auf den Bauarbeiterlöhnen aufgebaut, sie betragen zurzeit 18,54 M., das sind 2,97 M. mehr als die Maurerlöhne. Im Baugewerbe wird meist in Afford gearbeitet. Die Auslösung beträgt 40 M. pro Tag, die Arbeitszeit wie bei den Maurern 46 Stunden. Gegen diese etwa beachtliche Verlängerung werden wir uns zur Wehr setzen. Die Affordarbeit erleichtert es uns, in unserem Beruf für geregelte Verhältnisse zu sorgen.

Stöber, Karlsruhe, schilderte die Verhältnisse im mittleren und südlichen Baden. Die Gipserlöhne stehen dort, wie in Süddeutschland allgemein, 10 % über dem Maurerlohn. Affordarbeit besteht dort nicht. Infrere Kollegen sind bemüht, ihre Arbeitsbedingungen möglichst zu verbessern. Höhe, Bremen: Wenn es noch Stukkateure gibt, die sich in unserm Verbande nicht wohl fühlen, so hilft ihnen

gegen kein Weisheitsheben, kein müßiges Streiten, sondern nur gemeinsame Arbeit, damit wir uns mit allen Berufen verständigen. Die eigentliche Studarbeit lebt nur von den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen (Valuta). Banken, Geschäftsbauten, Schieberwillen und derartige Bauten sind es, für die der Kurs der Studarbeit noch angewendet wird. Gelingt es der Konferenz von Genua, den Stand der Markt zu verbessern, so kann es mit derartigen Arbeiten leicht zu Ende gehen. Wir müssen bei Streiks und dergleichen in englischer Fühling mit der Organisationsleitung arbeiten. Selbständige Maßnahmen, wie in Dortmund und die sie bei den Isolierern in Bremen vorgekommen sind, müssen unterbleiben. Ellinger hat in seinem Ausspruch vollkommen recht, die Erhöhung der Löhne führt uns nicht ans Ziel des Sozialismus. Damit ist aber nicht gesagt, daß wir auf Lohn-erhöhung verzichten müssen. Berechtig ist es, wenn die Stukkateure höheren Lohn fordern, als die Maurer erhalten. Aber es darf das nicht zu einer Herabsetzung der Arbeit der Maurer führen; denn sie verrichten ebenso schwere Arbeit wie die Stukkateure. In Bremen ist der frühere Ortsvertrag eingegangen, die Löhne sind dann mit den Maurerlöhnen geregelt worden, und solange die Arbeit hier war, waren auch die Stukkateure damit zufrieden. Nachdem nun Nachfrage nach Arbeitsplätzen besteht, erstehen sie wieder einen neuen Vertrag. Dagegen ist im Grunde nichts einzuwenden. Nur muß im Einverständnis mit der Ortsleitung gearbeitet werden.

Kortke, Berlin: Die Verhältnisse in Berlin haben die Spanner, Maliber und Stukkateure in eine gemeinsame Sektion zusammengeführt. Auch hier ist ein auf Verständigung beruhendes, gemeinsames Arbeiten nötig, damit die Spanner sich nicht benachteiligt fühlen und die Sektion einzig und geschlossen für ihre Berufsangehörigen wirken kann. Damit schloß die Aussprache.

Odenthal führte in seinem Schlußwort aus: Streitfälle entstehen weniger durch das Verschulden der Arbeiter, sondern durch die fortschreitende Spezialisierung der Arbeit. Als die Leipziger feinerzeit beschäftigt hatten, auf Maliberarbeiten, die von Malibiputen hergestellt waren, keine Stud-

Am 8. April ist der 14. Beitrag fällig.

arbeiten anzubringen, hat die Organisationsleitung diesen Beschluß nicht gestiftet. Aber er war verständlich nach dem Umstand im Palmengarten, wo Konzeptsucher durch herabgesetzte Studteile lächlich verurteilt wurden, die auf mangelhaft hergestellten Malibiputen angebracht waren. Die bei den Arbeitern beschäftigten gemeinsamen Stukkateure wurden damals unter Auflage gestellt. Höhe gegenüber betont Odenthal, daß die Arbeit der Arbeiter und Stukkateure schwerer ist als die der Maurer. Schon das allein erfordert eine bessere Entlohnung. Studarbeiten setzen zudem auch gewisse Kenntnisse voraus. Ist die Arbeit heute auch einfacher geworden, so ist das kein Grund, die Arbeit auch in der Entlohnung zu entwerten. Und dann haben die Stukkateure durchweg auch eine viel größere Arbeitslosigkeit durchzumachen. Für die Erhöhung der Stukkateure- und Arbeiterlöhne über die Maurerlöhne muß eine angemessene Grenze gefunden werden. Zurzeit beträgt der Lohnstand im Durchschnitt wohl 2 1/2 % des Maurerlohnes. Das entspricht den Verhältnissen der Sonderberufe durchaus nicht. In allen zukünftigen Verträgen ist deshalb eine angemessene Erhöhung der Löhne zu fordern. Zwischen unsern Sektoren und den Vereinsteilungen besteht noch nicht überall das richtige Einvernehmen. Und manchmal liegt das auch an unsern Kollegen. In Dortmund sind sie auf keinen Fall im Rechte. Als der Bezirksarbeitsvertrag geschlossen wurde, war es nicht richtig, daß unsere Dortmunder und Bochumer Sektionen sich außerhalb des Tarifs stellten; denn sie gefährdeten die Entwicklung der Löhne in den Orten, wo sie noch geringer sind. Im DVB. wird und muß alles getan werden, die Spanne zwischen Hilfs- und Facharbeitern möglichst eng zu halten. Die Facharbeiter konnten dadurch um 2 M. höhere Löhne haben, wenn sie einwilligten, die Löhne der Hilfsarbeiter weiter zurückzulassen. Aber sie fordern für sich allein derartige höhere Löhne nicht, und der Verbandsvorstand handelt durchaus in ihrem Sinne, wenn er dem Arbeitgeberbund erklärte, daß es für den DVB. unannehmbar sei, den Lohnstand auf 15 % zu erhöhen. Wie aber eine gewisse Spanne zwischen Hilfs- und Facharbeitern besteht und wohl auch bestehen bleiben wird, so sind auch die Löhne unserer Berufsangehörigen entsprechend weiter zu erhöhen. Und wir werden das auch erreichen, wenn unsere Kollegen sich mit allen übrigen Bauarbeitern, die betrieblige Arbeiten ausführen, in gemeinsamen Sektionen zusammenfinden und unter Wahrung der Gemeinschaftlichkeit mit der übrigen Organisation und ihrer Leitung selbständig ihre Berufsverhältnisse regeln. Dazu bedarf es keiner besonderen Maßnahmen. Auch heute können die Angehörigen der Berufe diese Angelegenheiten in ihren eigenen Versammlungen, in den Sektionen behandeln. Allgemeine Mithiederungsverfammlungen sind dafür nicht der Ort. Wo die Kollegen sich in dieser Hinsicht zurückgesetzt glauben, hätten sie sich nur an den Kollegen Odenthal wenden sollen. Was ihn aber an betriebligen Beschwerden erreichte, war meistens nicht zu unterfassen, weil die Kollegen in ihren Maßnahmen mit den Vereinsteilungen meistens nicht gemeinsam vorgehen und sich in diese Notwendigkeit nicht einzuordnen wußten. Wenn eine Sektion Verhältnisse schafft, die in dem Rahmen der Organisationsgesetze liegen, und sie finden beim Vereinstand Widerstand, so können sie sich an die Bezirksleitung und, wenn nötig, an den Verbandsvorstand wenden. Bisher hat der Verbandsvorstand die von Odenthal für die Sonderberufe vorgelegenen Maßnahmen noch nie abgelehnt. Aber auch Odenthal muß derartige Maßnahmen verantworten können, anders kann er sie dem Verbandsvorstand nicht empfehlen. Die Verhältnisse in Wiesbaden bedürfen dringend der Veränderung; denn es geht nicht an, daß unsere Kollegen dort zu Maliberlöhnen billiger als die Bauhilfsarbeiter arbeiten müssen. Süddeutsche Unternehmer hatten sich beim Reichsarbeitsministerium beschwert, weil der DVB. über 5000 Stukkateure nach Holland vermittelt habe. Da für das gesamte Gewerbe kaum 15 000 Berufsangehörige in Frage kommen, so hat Odenthal diese Beschwerde in seiner Antwort entsprechend beantwortet. Damals waren kaum 500 Arbeiter nach Holland gereist.

Jetzt vermittelt der Verband dahin überhaupt keine Arbeiter mehr. Immerhin zeihen noch manche nach Holland, um dort Ersparnisse zu machen. Wenn die Unternehmer etwas dagegen tun wollen, so brauchen sie nur ausreichende Löhne zu zahlen. Die Auslösung ist sehr regelungsbedürftig, da die verschiedensten Sätze bezahlt werden. Die Affordarbeit ist allen Kollegen als schädlich bekannt. Aber es ist berechtigt, sie allein durch Verbote unterbinden zu wollen. Man soll die Affordarbeit tariflich regeln, dann behält man die Entwicklung der Verhältnisse in der Hand. Der geheime Afford, wobei selbst der Arbeiter kaum weiß, was er verdient, ist sehr schädlich. Aber noch schädlicher ist das aus betrieblig unregelmäßigen Verhältnissen entstehende Prämienwesen. Wo man von jeder in Afford arbeitete und die Preise tarifvertraglich regelte, bestehen geordnete Verhältnisse. Die Löhne bieten trotz ihrer Höhe kein Auskommen, und das drängt zur Affordarbeit und erfordert Regelung anstatt Verbote.

Kolter, Offen, hat noch richtig, daß die Arbeiter in Essen zugunsten der Dortmunder Stukkateure mit streikten, aber keine Lohnherabsetzung erhielten. Die Bezirksleitung und die Vereinsteilungen haben an dem Bezirksarbeitsvertrag mitgearbeitet. Desgleichen bemerkt Gutjahr, Leipzig, daß es sich bei seinen Ausfühungen um Vorkommnisse im mitteldeutschen Industriegebiet, Bitterfeld, Merseburg, gehandelt habe.

Bezirkskonferenz im Kölner Bezirk.

Am 5. März tagte in Köln eine Zusammenkunft von Vertretern der Stukkateurektionen des Bezirkes. Aus 11 Vereinen waren 12 Vertreter anwesend, außerdem 3 Vertreter aus dem Bezirksausschuß. In der Hauptphase hatte sich die Tagung mit der Stellungnahme zur Reichskonferenz zu befassen. Nach einleitendem Vortrage des Kollegen Ahrens und gründlicher Aussprache nahm die Konferenz eine Entschließung an, die besagt, daß sie grundsätzlich mit dem Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages für das Baugewerbe einverstanden ist, falls die Gewähr besteht, daß die Unternehmerorganisation des Baugewerbes als Vertragspartei auftreten können. Sollte dies zutreffen, so wird der Verbandsvorstand beauftragt, ein Vertragsmuster auszuarbeiten und den Sektionen zur Aussprache vorzulegen. Ein etwaiger Verhandlungen über den Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages sollen Kollegen aus dem Reich teilnehmen. (Unsere Reichskonferenz hat den bestehenden Verhältnissen in sofern noch vollkommener entsprechen, als sie das Schwerkgewicht auf bezirksweisen Beschluß von Facharbeitern legte, nach einheitlichen, für das ganze Reich geltenden Richtlinien, mit dem Ziele eines Reichsarbeitsvertrages, sobald die Voraussetzungen hierzu gegeben sind. Die Schriftleitung.) Der Verein des Baugewerkes, vom Kollegen Ahrens erläutert, fand die Zustimmung der Konferenz. Gegenüber einigen Klagen und Wünschen über hier und da noch nicht völlig reibungsloses Zusammenarbeiten in den Vereinen, über ungenügende Behandlung von Berufsanfragen im „Grundstein“, konnte die Bezirksleitung nur ein Mittel zur Abhilfe empfehlen, das ist reiflose und eifrige Mitarbeit in den Vereinen, wie in den Sektionen, dann kommt das gute Einvernehmen von selbst.

Berlin. Am 1. März verhandelte wir mit den Arbeitgebern wegen Erhöhung der Stundenlöhne, der Werkzeughilfsentlohnung, der Wochenlöhne für Lehrlinge sowie des Mindestsatzes für die Auslösung. Eine Verständigung konnte nicht erzielt werden, und so waren wir gezwungen, nach unserm Tarifvertrag den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin anzurufen. Dieser tagte am 18. März unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden. Ein Vergleich kam auch hier nicht zustande, und so wurde ein Schiedspruch gefällt, den beide Teile annehmen. Nach dem Schiedspruch beträgt der Stundenlohn vom 1. März an bis 30. April für:

Table with 2 columns: Beruf and Lohn. Rows include: Stukkateure, Kotschke, Maliber und Zementdrahtputzer sowie für Plattenleger (14,90 M.), Maliber (14,50 M.), 18,50 M., Facharbeiter (13,50 M.), 17,50 M., Hilfsarbeiter (12,85 M.), 17,70 M., Werkzeughilfsentlohnung (-10 M.), 15 M., Wochenlöhne für Lehrlinge im 1. Lehrjahre (90 M.), 100 M., 2. (140 M.), 160 M., 3. (200 M.), 225 M.

Für Auslösung bei auswärtigen Arbeiten täglicher Mindestsatz (30,- M.) 40,- M.

Die bisherigen Lohnsätze sind eingeklammert. Es wäre zu wünschen, daß alle Vereine fortan ihre Löhne im „Grundstein“ bekanntgeben.

Nichtigstellung. In der Nr. 9 des „Grundstein“ war mitgeteilt worden, daß für in Holland einreisende Baufacharbeiter ein besonderes Rabium nicht mehr erforderlich sei. Wie uns aus dem Niederländischen Generalkonsulat in Hamburg mitgeteilt wird, entspricht dies nicht den Tatsachen. In Holland einreisende Facharbeiter bedürfen also nach wie vor eines Rabausweises.

Internationale Bauarbeiterbewegung. Frankreich.

Die bezirkliche Organisation für Lothringen in Metz ersuchte uns, unsere deutschen Kollegen darauf hinzuweisen, daß sie in jenes Gebiet einreisen, gegenüber der dortigen Organisation Verpflichtungen haben, die sie einhalten müssen, wenn sie geachtet sein wollen. Das heißt, sobald sie dort arbeiten, müssen sie sich bei der örtlichen Verbandsleitung anmelden und dort ihre Beiträge bezahlen. Die an unsern Verband gezahlten Beiträge werden selbstverständlich angerechnet. Wir gestehen, daß es für uns gerade nicht sehr angenehm ist, derartige Ermahnungen noch bekanntgeben zu müssen; denn die Erfüllung der internationalen Pflichten sollte für jedes Mitglied unseres Verbandes selbstverständlich sein. Die Mahnung beweist uns jedoch, daß es auch bei uns Kollegen gibt, die moralischer Hinsicht bedürfen.

### Vom Bau.

#### An die Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiter!

Meine Kollegen! Unsere gemeinsame Schutzhilftätigkeit erfordert es, daß in allen Orten oder Kreisen Bauarbeiter-Schutzkommissionen gebildet werden. Wirtschaftlich zusammenhängende kleine Orte können sich zu einer solchen Kommission zusammenschließen. Derartige Kommissionen müssen auch da gebildet werden, wo Bauarbeiterkontrollen aus unfern Reichen angestellt sind. Denn nicht die Bauarbeiterkontrollen, die Beamten der Baupolizeibehörde, sind bei der Lösung unserer Aufgaben maßgebend für die Arbeiter, sondern die Kommissionen. Daran ist stets festzuhalten. Die Vorsitzenden oder die Obmänner dieser Kommissionen müssen auf alle Fälle verpflichtet werden, ihre Adresse hier einzugeben; ebenso jeder Bauarbeiterkontrollen, der mit uns denkt und fühlt.

Einige örtliche Vertrauenspersonen verlangen jetzt Fragebogen aus einer sogenannten Frühjahrskontrolle. Dazu sei gesagt: Von der Sozialpolitischen Abteilung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes werden für die kommende Zeit, im Juni und im Herbst jedes Jahres, Erhebungen zur allgemeinen Feststellung der Schutzverhältnisse bei den Bauern durch Fragebogen veranlaßt. Dabei soll aber nicht ausgeglichen sein, daß auch zu einer Frühjahrskontrolle Fragebogen in begrenzter Weise zur Verfügung gestellt werden. Im übrigen ist als selbstverständlich darauf hinzuweisen, daß die Mitglieder der Kommissionen auch Bauarbeiterkontrollen ohne Fragebogen durchführen können; denn ein mehr überraschendes Vorgehen ist oft besonders erfolgreich. Außerdem ist zu beachten, daß die geistliche Durchführung von Kontrollen irgendwelcher Art nur den Kommissionen obliegt und nicht den Bauarbeiterkontrollen. Die Selbständigkeit der Kommissionen ist stets gewissenhaft zu wahren.

Im weiteren ist darauf aufmerksam zu machen, daß der Sozialpolitischen Abteilung aus einer Zahl von Orten das Ergebnis der letzten Herbst- und Winterbauarbeiterkontrollen noch nicht gemeldet worden ist. Von den derzeitigen Bauarbeiter-Schutzkommissionen mit den Fragebogen zugehenden Formularen muß ein Exemplar ausgefüllt und unbedingt sofort dem Unterzeichneten zugeführt werden.

Mit Gruß  
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund  
(Sozialpolitische Abteilung).

J. A.: G. Heinke, Berlin SO 16, Engelauer 24, 4. Stg.

**Kreis Cöslin.** Im Jahre 1921 kontrollierte der Bauarbeiterkontrollen 382 Baustellen verschiedener Art. Von den vielerlei dabei angetroffenen Mängeln ist besonders hervorzuheben, daß die Unfallverhütungsvorschriften in 74 Fällen fehlten. Verbandslisten fehlten in 36 Fällen; in 15 Fällen benutzte man dazu Zigarrenstümpfe. Abdeckungen fehlten in 18 Fällen gänzlich. Gerüste und Leitern waren in 38 Fällen schlecht. Trinkwasser fehlte auf 5 Baustellen. Auf 36 Bauorten hatte man keine Unterflurdräume oder sie waren in einem schlechten Zustande. Wärmegelenkheiten und Oefen fehlten sehr oft. Aborte waren in 16 Fällen derartig vernachlässigt, daß es nicht zu beschreiben ist. Trotz der oft trassen Mängelstände sind nur wenige polizeiliche Anzeigen erlassen worden, weil dieser Apparat zu langsam arbeitet. Die Mängel konnten größtenteils durch das Eingreifen des Kontrolleurs beseitigt werden. Den Bauarbeitern ist nur damit geholfen, daß vorhandene Mängel schnell beseitigt werden. Dazu können unsere Kollegen viel beitragen, wenn sie dem von ihnen der Behörde vorgeschlagenen und gebilligten Bauarbeiterkontrollen in jeder Weise bei seiner Arbeit unterstützen und ihm Mängelstände melden, damit er auf dem schnellsten Wege für Abstellung sorgen kann. Der Bauarbeiterkontrollen hat nebenbei auch Baupolizeifragen zu bearbeiten. Oft werden auch Bauten ohne baupolizeiliche Erlaubnis begonnen. Dadurch wird seine Kontrollfähigkeit stark beeinträchtigt. Oft werden auch Bauten ohne baupolizeiliche Erlaubnis begonnen. Dadurch entgehen dem Bauarbeiterkontrollen manche Arbeiten, so daß er nicht immer rechtzeitig für die Beseitigung vorhandener Mängel sorgen kann.

**Remscheid.** Am 14. März fürzte in Radeborn Wald infolge mangelhafter Verankerung der Fachwerkbaue des Unternehmers-Kretel ein. Zu Schaden kamen hierbei der Sohn des Unternehmers, der beim Einschlagen des Daches beschäftigt war, und ein dem christlichen Verbands angehörender Kollege. Das Gerüst lag auf der Fachwerkmauer mit auf; durch das Ausweichen des Mörzels und der Steine war die Front nach außen gedrückt worden. Ausreichendes Verstreben hätte den Einsturz unmöglich gemacht. Im Hof nahe der Hinterfront stand ein sehr harter Baum, an den sich das Fachwerk anlehnte und somit nicht vollends zusammenstürzen konnte, ansonsten hätte der Unfall viel schlimmere Folgen haben können. Dies ist schon der dritte Unfall bei dieser Firma. Leuten, die so gefährlich Bauten aufzuführen und Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährden, sollte das Recht, Bauten auszuführen, entzogen werden.

### Bücher und Schriften.

**Die Bodenreform.** Grundföliches und Gesellschaftliches zur Erkenntnis und Ueberwindung der sozialen Not. Von Adolf Damaschke. Verlag von Gustav Fischer in Jena. Von diesem Werk, der „Wibel“ der deutschen Bodenreform, ist kürzlich die 19. Auflage erschienen. Nahezu 120 000 Stück sind von dem Buche bereits abgesetzt worden, davon nur 100 000 allein in den letzten 8 Jahren. Die ständig steigende Nachfrage, deren sich das Buch erfreut, ist der beste Beweis für die zunehmende Bedeutung der bodenreformatorischen Gedanken. Seit die Grundbesitzer der deutschen Bodenreform in die deutsche Reichsversammlung aufgenommen sind, hat das Werk Damaschkes noch an Bedeutung gewonnen, weil die Kenntnis der bodenreform-

rischen Gedanken für jeden unentbehrlich ist, der sich mit der Durchführung des Artikels 155 der Reichsverfassung beschäftigt. Noch steht dieser Artikel zum guten Teil nur auf dem Papier. Noch ist es immer erst eine Forderung, daß die Verteilung und Nutzung des Bodens von Staatswegen in einer Weise überwandt wird, die Mißbrauch verhütet und dem Ziel zutreibt, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- oder Wirtschaftseinrichtung zu sichern. Die Spekulation mit Boden steht auch heute noch in voller Blüte, wobei es immer häufiger vorkommt, daß sich infolge des schlechten Standes unserer Valuta ausländisches Kapital des deutschen Bodens bemächtigt. Ebenso wird von der Bestimmung der Reichsverfassung, daß Grundbesitz, dessen Erwerb zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses, zur Förderung der Siedlung und Urbarmachung oder zur Erhebung der Landwirtschaft nötig ist, enteignet werden kann, nur in völlig unzureichender Weise Gebrauch gemacht. Das gleiche gilt von der Bestimmung, wonach alle Bodenbesitzer und alle der Wirtschaft nutzbarer Naturkräfte unter der Aufsicht des Staates stehen. Auch von der Bestimmung des Artikels 155, wonach die Verteilung des Bodens, die ohne eine Arbeits- oder Kapitalanwendung auf das Grundstück entsteht, für die Gesamtheit nutzbar zu machen ist, ist bis jetzt nur in ganz unzureichender Weise Gebrauch gemacht worden. Noch streitet man sich in den Gemeinden monatlang darüber herum, ob man die Grundsteuer nach dem Ertragswert, wie die Grundbesitzer wollen, oder nach dem gemeinen Wert, wie die Bodenreformer fordern, erheben soll. Noch kann man sich fast nirgends zur Einführung einer ausreichenden Wertzuwachssteuer entschließen.

Im Kampf um diese Fragen kann uns das Buch Damaschkes, besonders in Verbindung mit seinem zweiten großen Werk: „Die Aufgaben der Gemeindepolitik“, wertvolle Dienste leisten. Wir bleiben selbstverständlich bei den Forderungen der Bodenreformer, die nur auf die Urbarmachung der Grundrente für die Allgemeinheit hinauslaufen, deren Verwirklichung also nur die Beseitigung eines Teiles des arbeitslosen Einkommens bedeutet, nicht stehen, sondern wir wollen das arbeitslose Einkommen überhaupt beseitigen, auch dasjenige, das sich aus der Ausbeutung der Arbeitskräfte ergibt. Wir machen uns auch durchaus nicht alles zu eigen, was Damaschke in seinem Werk zur Begründung seiner Forderungen sagt. Das kann uns aber nicht hindern, mit den Bodenreformern insoweit Hand in Hand zu gehen, als ihre Forderungen einen Fortschritt in der Richtung zur sozialistischen Gemeinwirtschaft bedeuten. Damaschke weist in seinem Werk mit Recht darauf hin, daß die Erfolge des gewerkschaftlichen Kampfes dadurch stark beeinträchtigt werden, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger unter dem jetzigen Bodenrecht bei Grundrenten im Gehalt hoher Mieten und hoher Lebensmittelpreise tributpflichtig sind. Im Kampfe um die Urbarmachung der Grundrenten für die Allgemeinheit haben wir mit den Bodenreformern ein gemeinsames Ziel. Wir können deshalb unsern Kollegen, die sich national-ökonomisch fortbilden wollen oder die sich als Parlamentarier in Staat und Gemeinden mit der Bodenfrage zu beschäftigen haben, die Werke Damaschkes nur angelegentlich zum Studium empfehlen.

**Sülzener Briefen.** Statistische Berechnung und Bau der gebräuchlichsten Anordnungen, von Obergierungsstatist. A. Laszlo. Zweite, neu bearbeitete Auflage, mit 343 Abbildungen. Preis 60 Pf. H. Antonietti 57 M. Verlag: Wilhelm Ernst & Sohn, Berlin. Zeichnungen des Holzbrückenbaues wie den Leitern solcher Arbeiter bringt das Buch eine reiche Fülle von Anordnungen, und vor allem durch seine praktisch verwertbaren Berechnungen und technischen Berechnungen eine willkommene Hilfe bei der Arbeit. Vereinfachte Konstruktionsweisen sind in diese Aufgabe nicht wieder aufgenommen worden; dagegen berücksichtigt sie alle bewährten Grundregeln; namentlich, soweit sie auf neuzeitlichen und fortschrittlichen Festigkeitsberechnungen fußender Holzbaufirmen beruhen. Aber auch der Lernende, im Brückenbau tätige Zimmerer kann für seine Kunst aus diesem Buche viel gewinnen, denn es veranschaulicht die Holzverbindungen in ihrer Vielseitigkeit für die praktische Ausführung in ebenso klarer Weise wie für die technische Konstruktion. Ein ausführliches Sachverzeichnis dient als Wegweiser durch den überaus reichen Inhalt.

**Technik, ihre Grundlagen zum Verständnis für alle.** Vom Standpunkt technisch-wirtschaftlichen Denkens dargestellt von Alfred Freund. 100 Seiten. Verlag von J. H. Ludwig Degener, Leipzig. — Das Buch, „Ist nicht Technik bilden, sondern technisches Verständnis fördern, und da die Technik im wesentlichen wirtschaftliche Ziele verfolgt, so wird sie auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus dargestellt. Das Wesen der Technik ist die zielbewusste Ausnutzung der Naturkräfte und der natürlichen Energie. Hieron ausgehend, behandelt der Verfasser die Ausnutzung der von der Natur dargebotenen Energie und die Energieerzeugung. Das Wesen der Arbeitsmaschine, der Aufbau der Maschine, das Wertzeug und die Werkzeugmaschine werden in allgemeinverständlichster Form dargestellt. Die zahlreichen, vollkommen klaren Abbildungen sind auch dem technisch nicht vorgebildeten Leser verständlich. Die grundlegenden Gedanken dieses Buches haben ihren Ausgangspunkt in dem Bestreben, auf Regeln und Gesetze hinzuweisen, nach denen die technische Arbeit, also die Produktion sich zu entwickeln hat. Der Grundgedanke: „Bergebe keine Energie, verwerte sie“, hat im Gefolge „den rechten Mann an den richtigen Platz“. Dieses bildet die Grundlage der wissenschaftlichen Betriebsführung, die unter den herrschenden wirtschaftlichen Verhältnissen ganz besonders zu beachten ist von denen, die an der Neugestaltung des Wirtschaftslebens tätigen Anteil nehmen wollen und müssen. Das gilt von den Vertrauensmännern der Betriebe. Wird die Arbeit des einzelnen getragen durch den Blick auf das Ganze, so sieht jeder Mensch sein Ziel im Gemeinwohl, und so findet er auch seine persönliche Glückseligkeit in dieser Arbeit. Er muß aber keine Arbeit verfehlen, er muß fühlen und wissen, welchen Platz er im Ganzen einnimmt, und er muß die Grundlagen erkennen, nach denen alles technische Geschehen sich entwickelt.“

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Ausgeschlossen nach § 21 der Verbandsfassung ist vom Verein Köln: August Witzke, geboren 8. Januar 1880 zu Vielden, eingetragener 13. Mai 1900 zu Hamburg; vom Verein Danzig: Johs. Lafschewski, geboren 23. Januar 1873 zu Döwa (Buch-Pr. 490 087); vom Verein Effen a. d. Ruhr: Statuener Hugo Demare, geboren 26. September 1879 zu Viefels (410 677); vom Verein Eothaus: Wilhelm Klotz, geboren 9. Januar 1874 zu Kohn (703 780); vom Verein Elmburg: Karl Saas, geboren 1. Dezember 1889 zu Müdershausen (808 946), Whilipf Becker, geboren 1. Januar 1893 zu Daborn (896 749), Karl Gies, geboren 30. Januar 1893 zu Wiesbaden (968 634), Robert Wies, geboren 24. Februar 1897 zu Kressbach (896 768), Hermann Neumann, geboren zu Kirberg (896 607); vom Verein Elmburg: Otto Krause, geboren 16. Mai 1900 zu Merfeld (804 310); vom Verbandsvorstand aus dem Verein Mühlhausen a. Rh.: Karl Berni, geboren 19. Mai 1888 zu Plawelwitz, Kreis Trebnitz (921 850).

**Aufforderung.** Aus Gütersloh, Verein Viefels, ist der Hilfsarbeiter Wilhelm Klauing, geboren 1. Juni 1875 zu Beber (Buch-Pr. 510 712), unter Mitnahme einseitig dem Verbandsgelehrer verschwunden. Der etwaige Aufenthalt ist dem Vereinsvorstand in Viefels, Urndstr. 8, mitzuteilen. — Aus dem Verein Eithaus ist der Kollege Karl Worrach, geboren 31. Juli 1889 zu Werbe (895 626), unter Mitnahme verschiedener Sachen verschwunden. Der Aufenthalt ist dem Kollegen Jos. Reichert in Weida, Gabelbergstr. 8, mitzuteilen.

Vom 19. bis 25. März haben folgende Vereine Geld an die Hauptkasse gefandt: Müttitz 50 000 M., Buer i. B. 20 000, Bochum 20 000, Bitterfeld 16 000, Breslau 100 000, Bochum 50 000, Celle 6000, Dortmund 187, Essen 43 000, Erding 5016,50, Freising 129,31, Friedland 1000, Gumbinnen 4645,55, Gelsenkirchen 60 000, Hamm 45 000, Hagen 18 000, Kiel 12 000, Königsmühlhausen 5000, Luedenwalde 112,50, Lmbau 6000, Mannheim 80 000, Mühlheim 32 000, Moers 5000, Niesbach 2000, Münster i. B. 12 000, Magdeburg 757,50, Romawas 6000, Neie 2000, Dreibach 5000, Pörzheim 10 000, Weidam 7000, Weidenrüh 15, Preis 1000, Püry 3000, Riefa 10 000, Rofhof 10 000, Solingen 15 000, Spremberg 6000, Seehausen i. d. Altmark 50 000, Saalfeld 2000, Schmölln 2629,20, Sternberg (Bezirk Frankfurt a. d. O.) 500, Thale 9000, Torgelow 84, Elm 20 000, Zechau 3000, Zier 500.

Kalender: Bismar 133 M., Elbing 900, Kaiserlautern 1350. — Briefumschläge: Püry 10 M.  
Der Verbandsvorstand.

### Sterbetafel.

Durch den Tod verlor der Verband folgende Mitglieder:  
Müttitz (Burgfrieden) L. Reichinger, 21 J. (Kraiburg) Alois Galleker, Hilfsarb., 61 J. alt.  
Bochum, Josef Lieb, Hilfsarbeiter, 50 Jahre alt.  
Bochum, Adam Klöpp, Pflanzengeler, 55 Jahre alt.  
Cöslin, Walter Donner, Maurer.  
Franz Guske, Bauhilfsarbeiter.  
Darmstadt, Georg Schuermann, 32 Jahre alt.  
Dresden, Karl Hoffmann, Hilfsarb., 71 Jahre alt.  
Richard Kuchler, Hilfsarbeiter, 52 Jahre alt.  
(Bühlau) Robert Müller, Hilfsarb., 46 Jahre alt.  
Erfurt, Fritz Schuchardt, Maurer.  
Greiffenberg i. Schl. (Sauban v. Liebich, M., 46 J. (Sitzberg) i. Schl. (Stonsdorf) W. Jäkel, M., 33 J. (Klein-Helmstedt) Paul Jung, M., 52 Jahre alt. (Schmieberg) Gustav Schmidt, S., 50 J. alt.  
Kayna (Graichen) Max Hartmann, S., 24 J. alt.  
Köln, Wilhelm Breuer, Maurer, 48 Jahre alt.  
Josef Franz Priör, Zementarbeiter, 48 Jahre alt.  
Klein, Julius Härtel, Maurer, 58 Jahre alt.  
Karl Günther, Arbeiter, 73 Jahre alt.  
Mannheim, Karl Löckel, Hilfsarb., 19 Jahre alt.  
Wilhelm Erb, Hilfsarbeiter, 20 Jahre alt. (Eggenheim) Joh. Adolf Maurer, Hilfsarb., 56 J. (Oppau) Georg Geiler, Hilfsarbeiter, 68 J. alt.  
Münsterberg, Siegmund Schwarz, Maurer, 55 Jahre alt.  
Weine, Johann Howe, Maurer, 53 Jahre alt.  
Weißerhitz, Gottlieb Rabe, 57 Jahre alt.  
Wittenburg, K. Daudert, Hilfsarbeiter, 34 Jahre alt.  
Schmölln, Michael Schürer, Maurer, 82 Jahre alt.  
Zentral, Karl Lade, Maurer, 67 Jahre alt.  
Zutgart, Ferdinand Stauch, Maurer, 43 Jahre alt.  
Weiden. (Wilsberg) Karl Heß, Feuerungsam., 49 J.  
Hans Horn, Feuerungsmaurer, 54 Jahre alt.  
Wiesbaden, Fritz Röcklin, Hilfsarb., 35 Jahre alt.  
Zittau, Franz Engler, Maurer, 76 Jahre alt.  
Herm. Ramisch, Hilfsarbeiter, 21 Jahre alt.  
August Wenzel, Maurer, 64 Jahre alt.  
Ghre ihrem Andenken!

### Gemeinnützige Bauarbeiter-Genossenschaft „Selbsthilfe“, Freiburg i. Br.

Sonntag, den 30. April, vormittags 9 Uhr, in der „Wolfsbühl“, Gde Müng- und Konviktstraße, Generalfversammlung, Tagesordnung: 1. Geschäftsliches und Kassenbericht. 2. Genehmigung der Bilanz. 3. Wahl für die auszuführenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder. 4. Anträge und Beschlüsse. — Um vollstündiges Erscheinen wird gebeten. Eintritt gegen Vorzeigung der Quittungskarte.  
Der Aufsichtsrat. 2. er Vorstand.  
J. A.: E. Fridlin. J. A.: F. Vetter.

**Glag.** Alle Briefsendungen sind an Josef Benedik, Glag, Böhmisches Tor (Kaiserne), zu senden. Das Bureau ist nur freitags und Sonnabends, von 8 bis 1 Uhr und von 2 bis 6 Uhr, geöffnet. Kranke und Arbeitslosenunterstützung wird nur an diesen beiden Tagen ausbezahlt. Die Kollegen werden gebeten, dies zu beachten, damit sie nicht unrichtiger Sache zurückfahren müssen.  
Die Bezirksvereinsleitung. J. A.: Josef Benedik.